

ADAM STEGERWALD POLITIK IN SOZIALER VERANTWORTUNG

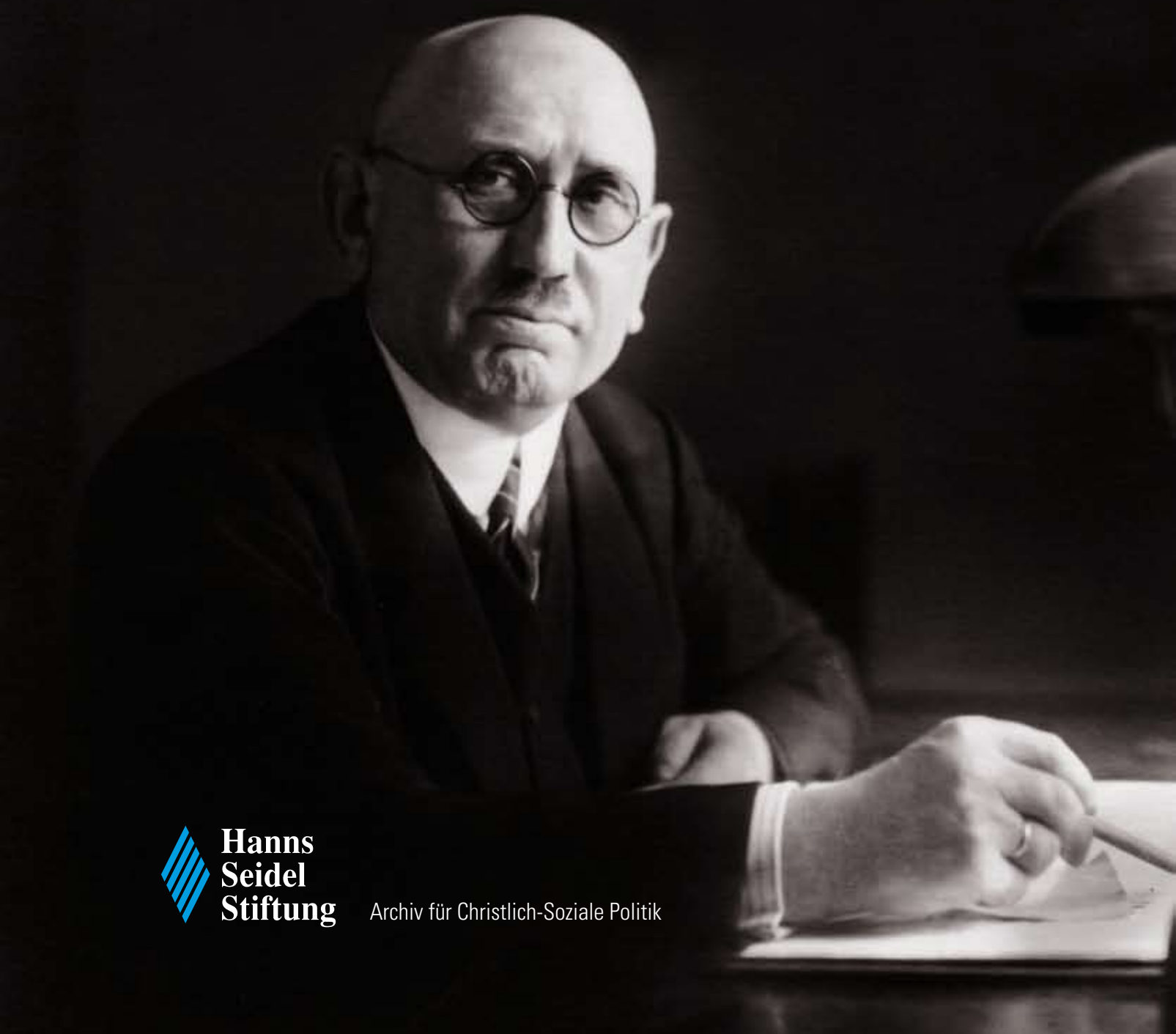
LEBEN UND VERMÄCHTNIS DES GEWERKSCHAFTERS UND POLITIKERS AUS UNTERFRANKEN

BERNHARD FORSTER



**Hanns
Seidel
Stiftung**

Archiv für Christlich-Soziale Politik



ADAM STEGERWALD

POLITIK IN SOZIALER VERANTWORTUNG

LEBEN UND VERMÄCHTNIS DES GEWERKSCHAFTERS UND POLITIKERS AUS UNTERFRANKEN

BERNHARD FORSTER

Inhalt

Vorwort	3
1. Vom Schreiner Gesellen zum Reichsminister – Stegerwalds Leben im Überblick	4
1.1 Arbeiterführer im Kaiserreich	5
1.2 Gewerkschafter und Parlamentarier in der Weimarer Republik	6
1.3 Arbeitsminister in der Zeit der Weltwirtschaftskrise	8
1.4 Erzwungener Rückzug im Nationalsozialismus	8
1.5 Rückkehr auf die politische Bühne in der „Stunde Null“	10
2. Das Wirken Stegerwalds – ein Beitrag zum sozialen Rechtsstaat der Bundesrepublik	12
2.1 Stegerwald – Verfechter starker, unabhängiger Gewerkschaften	12
2.2 Stegerwald – Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft	16
2.3 Stegerwald – Gründervater von CSU und CDU	20
3. Biographische Zeittafel	26
4. Wichtige Veröffentlichungen Stegerwalds	38
5. Ausgewählte Literatur zu Leben und Werk Adam Stegerwalds	39



Vorwort

Adam Stegerwald wurde am 14. Dezember 1874 in Greußenheim bei Würzburg geboren. Aus bescheidensten Verhältnissen stammend stieg er in der Kaiserzeit und der Weimarer Republik zum christlichen Gewerkschaftsführer und Spitzenpolitiker auf. Sein politisches Wirken ist untrennbar mit der Entwicklung der christlichen Gewerkschaften verbunden, die unter seiner Führung zur zweitstärksten Arbeiterorganisation im Reich avancierten. Er galt als Garant des Sozialstaates, wobei er den Vorrang des Gemeinwohls vor Standesinteressen betonte und den Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern anstrebte. Bereits während des Ersten Weltkriegs setzte sich Stegerwald, allerdings vergeblich, für die interkonfessionelle Öffnung des Zentrums ein. Auch sein berühmter Aufruf zur Gründung einer interkonfessionellen, demokratischen, christlichen und sozialen Volkspartei in Essen 1920 wurde während der Weimarer Republik nicht umgesetzt. Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Zeit jedoch reif für dieses Gedankengut, das nun in den Gründungen von CDU und CSU verwirklicht wurde. Adam Stegerwald war neben Josef Müller der maßgebliche Vertreter des Unionsgedankens in Bayern und mit diesem der Gründer der Christlich-Sozialen Union. Bis zu seinem Tod im Dezember 1945 wirkte er für wenige Monate als unterfränkischer Regierungspräsident am staatlichen Wiederaufbau Bayerns mit.

Mit dieser Broschüre erinnert die Hanns-Seidel-Stiftung an einen Politiker, dessen Name in weiten Kreisen zu verblässen droht. Tief in der katholischen Soziallehre verwurzelt, kämpfte Adam Stegerwald für ein Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, das weitgehend dem der Sozialen Marktwirtschaft entspricht, das nach seinem Tod verwirklicht werden konnte. Neben diesem Ideal vom Ausgleich zwischen Kapitalismus und Sozialismus, neben seinem Einsatz für Interkonfessionalismus und für die Gründung der Unionsparteien reicht vor allem auch sein Eintreten

für die sozial Schwachen, für ihre Gleichberechtigung in der Gesellschaft und für ihre rechtlich garantierten Chancen für einen sozialen Aufstieg durch Bildung weit über die Grenzen seiner Zeit und weit über nationale Grenzen hinaus. Heute, in einer Zeit der gesellschaftlichen Umbrüche, gekennzeichnet durch Wertewandel, Globalisierung, neue technische Entwicklungen und den demographischen Wandel, stellen sich diese Fragen auf internationaler Ebene drängender denn je. Um das Gefälle und Ungleichgewicht der Weltwirtschaft zu verringern, sind wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit, Einhaltung sozialer Mindeststandards und eine Kultur für weltweite Solidarität erforderlich. Seine Vision für die Gleichstellung der Arbeiter in Kirche, Staat und Gesellschaft im nationalen Bereich kann heute Ansporn sein für eine Vision für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit auf europäischer und internationaler Ebene.

Ich danke Herrn Dr. Bernhard Forster, Biograph Adam Stegerwalds, für die Erstellung dieser Broschüre, für die Herausarbeitung der aktuellen Bezüge und derjenigen zentralen Politikfelder, die von der Epoche Stegerwalds mitten in die Gegenwart aktueller Politik reichen. Herr Peter Keller, langjähriger Vorsitzender der Arbeitnehmer-Union der CSU (CSA), gab die Anregung für diese Veröffentlichung. Ihm als Vorsitzendem des Adam-Stegerwald-Kreises, Frau Monika Möller-Stegerwald, der Enkelin von Adam Stegerwald, sowie dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung danke ich für die großzügige Bereitstellung von Materialien, Fotos und Dokumenten, die in dieser Broschüre veröffentlicht werden.

Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair
Staatsminister a.D., Senator E.h.
Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung



Anlässlich des 25. Gründungsjubiläums der Christlichen Gewerkschaften 1924 verfasste Stegerwald eine kurze Autobiographie – noch heute eine wichtige Quelle zu seinem Leben.
Foto: Forster

1. Vom Schreinergehilfen zum Reichsminister – Stegerwalds Leben im Überblick

Als eine der „erstaunlichsten politischen Karrieren der kaiserlichen und der Weimarer Zeit“ hat der Publizist Theodor Eschenburg einmal das Leben Adam Stegerwalds bezeichnet. Er meinte damit die Biographie eines Mannes, der aus kleinen Verhältnissen Unterfrankens stammte, zwischen 1900 und 1933 als Gewerkschafter und Politiker an vorderster Stelle Verantwortung trug, im Nationalsozialismus von jeder öffentlichen Betätigung ausgeschlossen war und in seinem letzten Lebensjahr 1945 an den Weichenstellungen für ein demokratisches und soziales Gemeinwesen in Deutschland mitwirkte. Stegerwalds Lebensweg rang schon seinen Zeitgenossen Respekt ab, heute allerdings ist er weitgehend vergessen – und das, obwohl vieles von dem, was er angestoßen und verwirklicht hat, auch heute noch, im Zeichen der Globalisierung, von Bedeutung ist.

1.1 Arbeiterführer im Kaiserreich

Dass Stegerwald einmal zur deutschen Führungselite zählen würde, war ihm nicht in die Wiege gelegt. Zur Welt kam er am 14. Dezember 1874 in dem Flecken Greußenheim bei Würzburg, wo seine Eltern Martin und Franziska eine kleine Landwirtschaft besaßen. Nach der Volksschule arbeitete er für zwei Jahre auf dem elterlichen Hof, bevor er mit 15 Jahren eine Schreinerlehre begann. Anschließend machte er sich auf die „Walz“ durch das Rheinland, die Schweiz, Württemberg und Baden. Halt fand er im katholischen Gesellenverein, dem er 1893 in Günzburg beitrug und der auch Stegerwalds erste Anlaufstelle war, als er sich 1894 in München niederließ. Der erste, der erkannte, welches Potenzial in Stegerwald steckte, war der „rote Kaplan“ Lorenz Huber (1862-1910), der Präses des Münchner Katholischen Arbeitervereins. Auf seine Vermittlung hin schloss sich Stegerwald dem „Arbeiterwahlverein“ der Bayerischen Zentrumspartei und dem Verein „Arbeiterschutz“ an, einer frühen Interessenvertretung christlicher Arbeiter.

Stegerwald war von München aus eine der treibenden Kräfte bei der Sammlung seiner Kollegen in eigenen nichtsozialistischen, interkonfessionellen Interessenorganisationen. 1899 war er maßgeblich an der Gründung der Christlichen Gewerkschaften im Deutschen Reich beteiligt, im selben Jahr wurde er zum Vorsitzenden des Christlichen Holzarbeiterverbands gewählt. Obwohl dessen Sitz zunächst in München lag, verlagerte sich der Schwerpunkt der Arbeit Stegerwalds ins Rheinland und in das Ruhrgebiet, also in die industriellen Ballungszentren des Reiches. Hier kam er mit dem Mönchengladbacher „Volkverein für das katholische Deutschland“ in Kontakt, wo er wie viele andere christliche Arbeiter aus einfachen Verhältnissen das intellektuelle Rüstzeug für Leitungsaufgaben in der Arbeiterbewegung erwarb. 1903 ging er nach Köln als Generalsekretär des „Gesamtverbands der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands“, den er innerhalb kürzester Zeit zur



Der Gewerkschaftsführer Stegerwald während des Kaiserreiches.
Foto: Archiv Möller-Stegerwald

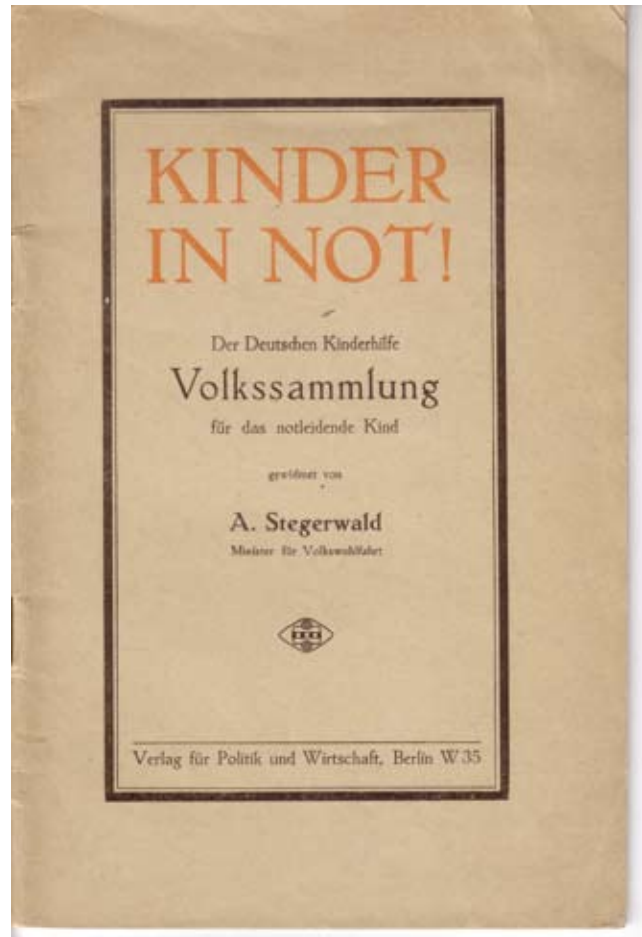
zweitgrößten Arbeiterorganisation im Reich nach den eng mit der SPD verbundenen „Freien Gewerkschaften“ ausbaute. Gleichzeitig rief er die „christlich-nationale Arbeiterbewegung“ ins Leben, einen lockeren Zusammenschluss zahlreicher nichtsozialistischer Arbeiterorganisationen. Im „Gewerkschaftsstreit“ innerhalb des deutschen Katholizismus, der bis 1912 dauerte, gelang es ihm, die interkonfessionellen Gewerkschaften vor Vereinnahmungsversuchen einzelner katholischer Bischöfe zu bewahren, die sie nur allzu gerne ihrer Oberaufsicht unterstellt hätten.

Im Ersten Weltkrieg unterstützte Stegerwald die kaiserliche Außen- und Kriegszielpolitik innerhalb des nationalen „Burgfriedens“ und er nahm deswegen auch zum Teil massive Einschnitte für die Arbeiter im Rahmen der Kriegswirtschaft in Kauf. Dafür konnte er gemeinsam mit den Freien Gewerkschaften wegweisende rechtliche Verbesserungen für die Arbeiter durchsetzen – vor allem Ansätze zu einer gesetzlich garantierten Mitbestimmung. In dieser Zeit übernahm Stegerwald erste staatliche Ämter: 1916 wurde er Vorstandsmitglied im „Kriegsernährungsamt“, 1917 wurde er, der Arbeiter, Bayer und Katholik, von Wilhelm II. in das Preußische Herrenhaus berufen, die erste Kammer des Preußischen Landtages.

1.2 Gewerkschafter und Parlamentarier in der Weimarer Republik

„Wir bleiben Monarchisten auch in der Zukunft“, so schrieb Stegerwald noch im Oktober 1918, und dennoch fand er sich nach der Revolution im November 1918 mit der Republik als Staatsform ab. Aber nicht nur das: Bis zur Machtergreifung Hitlers 1933 verteidigte der „Vernunftrepublikaner“ die Demokratie resolut gegen radikale Umsturzbestrebungen, egal von welcher Seite. Gemeinsam mit den Freien Gewerkschaften wirkte Stegerwald 1918/19 am „Stinnes-Legien-Abkommen“ zwischen den Gewerkschaften und den Wirtschaftsverbänden mit, was während der Revolution erheblich zur Entspannung der innenpolitischen Lage beitrug. Gleichzeitig gründete er den christlich-nationalen „Deutsch-Demokratischen Gewerkschaftsbund“ (DDGB; ab 1919 „Deutscher Gewerkschaftsbund“ DGB). In ihm waren neben den Christlichen Gewerkschaften zahlreiche Angestellten- und Beamtenorganisationen vertreten, darunter auch solche von zweifelhafter demokratischer Gesinnung wie der „Deutschnationale Handlungsgehilfenverband“.

Nach der Revolution 1918 übernahm Stegerwald wichtige politische Ämter. So war er 1919/20 Mitglied



Die Sorge für Kinder aus sozial schwachen Familien – bereits für Stegerwald eine Kernaufgabe jeder Sozialpolitik, wie er 1920 in dieser Schrift leidenschaftlich darlegte.

Foto: Forster

in der Weimarer Nationalversammlung, anschließend im Reichstag, bis 1921 auch in der preußischen Landesversammlung, 1919 bis 1921 hatte er das neu geschaffene Amt des preußischen Volkswohlfahrtsministers inne, 1921 war er für mehrere Monate preußischer Ministerpräsident. Zudem gehörte er dem Vorstand der Zentrumsparterie und einer ganzen Reihe von Führungsgremien verschiedener Gesellschaften und politischer Zirkel wie dem „Volkverein“ und der „Gesellschaft für soziale Reform“ an – all das zusätzlich zu seinen Funktionen in den Christlichen Gewerkschaften und im DGB. Diese Vernetzung, um nicht zu sagen Ämterhäufung, führte dazu, dass Stegerwald zu einem der wichtigsten Politiker der Weimarer Republik überhaupt wurde. In sämtliche politische Lager hinein unterhielt er Beziehungen, weil die christlichen Gewerkschafter in den verschiedenen bürgerlichen Parteien beheimatet

waren und weil es mit der SPD fernab von weltanschaulichen Prinzipienfragen immer wieder sozialpolitische Berührungspunkte gab. In gängige Schemen ließ sich Stegerwald daher nur schwerlich einordnen: In sozialer Hinsicht zählte er zum linken Zentrumsflügel, während er in Fragen wie der Außenpolitik oft an der Seite der rechts stehenden Parteien DVP und DNVP zu finden war. Eine Belastung für die Partei waren seine heftigen Auseinandersetzungen mit dem republikanischen Parteiflügel, vor allem mit Matthias Erzberger (1875-1921) und Joseph Wirth (1879-1956). Dennoch war Stegerwald mit den Gewerkschaften und dem DGB als Hausmacht im Rücken die graue Eminenz im Zentrum, zumal die christlichen Arbeiter in der Reichstagsfraktion die größte Einzelgruppe stellten. Ohne sein Placet war kaum eine Entscheidung in den Parteigremien möglich – nicht nur in der Sozialpolitik, die sein Hauptbetätigungsfeld war. Zwischen 1919 und 1933 gab es zudem kaum eine Regierungsbildung, bei der er nicht für ein wichtiges Amt genannt wurde.

Dass Stegerwald meistens doch nicht zum Zug kam, hatte mehrere Gründe. Zum einen konnte er sich mit seinem eminenten Gestaltungswillen nicht entscheiden, ob er mehr in der Politik daheim sein wollte oder in den Gewerkschaften. So beklagte man sich im Zentrum, dass er die Partei für gewerkschaftliche Ziele missbrauchen wolle, während sich die Gewerkschafter beschwerten, dass er die Arbeiterbewegung für die Parteipolitik instrumentalisieren. Zum anderen warf man ihm seine Verbindungen zur DVP und DNVP vor. Diese Konflikte waren mit ein Grund, warum das „Essener Programm“ von 1920 scheiterte, in dem Stegerwald aus dem DGB heraus die Gründung einer interkonfessionellen christlich-sozialen Volkspartei forderte, um die Zersplitterung des Weimarer Parteiensystems zu überwinden.

Zum Eklat führten die Rollenkonflikte Stegerwalds im Zusammenhang mit der Beamtenbesoldungsreform 1927, als das vom Zentrumsvorsitzenden Wilhelm Marx (1863-1946) geführte Kabinett den Staatsdienern eine großzügige Gehaltserhöhung zugestand, die die



Eines von mehreren offiziellen Porträts aus der Zeit der Weimarer Republik. Auf staatstragendes Auftreten legte Stegerwald zeitlebens Wert.

Foto: Archiv Möller-Stegerwald

Lohnzuwächse der Arbeiter bei weitem überstieg. Der als aufbrausend berüchtigte Stegerwald holte nun zu einer öffentlichen Abrechnung mit seiner Partei aus, über deren Heftigkeit auch der politische Gegner nur staunen konnte. Die Quittung dafür bekam er wenige Monate später, als er im Dezember 1928 als zunächst aussichtsreichster Kandidat für den Parteivorsitz auf dem Parteitag in Köln in einer Kampf Abstimmung gegen den Prälaten Ludwig Kaas (1881-1952) mit Pauken und Trompeten durchfiel – bis dahin seine größte Niederlage. Stegerwald gab nun seine Ämter in den Christlichen Gewerkschaften und im DGB auf und übernahm kurzzeitig den Fraktionsvorsitz im Reichstag, bevor er im April 1929 als Verkehrsminister in das Kabinett der Großen Koalition unter Hermann Müller (1876-1931, SPD) eintrat. Seine Stimme hatte in den Gremien der Christlichen Gewerkschaften aber weiter Gewicht, und er konnte weiterhin auf den Rückhalt bei seinen Kollegen zählen.

1.3 Arbeitsminister in der Zeit der Weltwirtschaftskrise

Dies war von entscheidender Bedeutung, als Stegerwald 1930 zum Arbeitsminister im Kabinett seines früheren persönlichen Referenten Heinrich Brüning (1885-1970) berufen wurde, ein Amt, für das er in der Zeit der Weltwirtschaftskrise geradezu prädestiniert schien, angesichts der immensen Haushaltslöcher, der schier unlösbaren Finanzierungsprobleme in der Sozialversicherung, der Massenarbeitslosigkeit und der fast bürgerkriegsähnlichen Radikalisierung mit dem rasanten Anwachsen von NSDAP und KPD. Stegerwald unterstützte in den Grundlinien die Deflationspolitik Brünings. Als aber die Industrieverbände immer schärfere einseitige Einschnitte auf Kosten der Arbeiter und Arbeitslosen zur Sanierung der Wirtschaft verlangten, ging er auf Distanz zum Kanzler. Gleichzeitig machte er sich für staatliche Arbeitsbeschaffungsprogramme stark, vor allem für Siedlungsprojekte. Das wiederum bestärkte seine Gegner, beim Reichspräsidenten Paul

von Hindenburg auf die Entlassung des als „Gewerkschafter“ und als „Bolschewist“ verschrienen Stegerwald hinzuwirken. Als Brüning im Mai 1932 gestürzt wurde, lag das auch daran, dass man Stegerwald aus dem Amt jagen wollte.



Ein Plakat der Zentrumspartei zu den Reichstagswahlen von 1930, die im Zeichen des rasanten Aufstiegs von Nationalsozialismus und Kommunismus standen. Das Zentrum empfahl sich den Wählern ganz im Sinne Stegerwalds als Partei der politischen Mitte und Brücke zwischen den Extremen des politischen Spektrums.
Foto: Archiv für Christlich-Demokratische Politik

1.4 Erzwungener Rückzug im Nationalsozialismus

Schon in seiner Zeit als Arbeitsminister war Stegerwald ein entschiedener Gegner des Nationalsozialismus. Bei einem Wahlkampfauftritt am 21. Februar 1933 in Krefeld wurde er deswegen sogar von einem SA-Trupp niedergeschlagen. Umso erstaunlicher war es daher, dass er sich nach dem Sieg Adolf Hitlers bei den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 der

Illusion hingab, man könne in begrenztem Umfang im „neuen Staat“ mitarbeiten, um Schlimmeres zu verhindern. Überhaupt war seine Haltung zum Nationalsozialismus von nun an zweideutig. So setzte er sich gegen die warnenden Stimmen seines ebenfalls aus Unterfranken stammenden Zöglings in Partei und Gewerkschaft, Jakob Kaiser (1888-1961), für die Zustimmung seiner Fraktion zum Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 ein, mit dem Hitler die Machtergreifung besiegelte. Wie sehr sich Stegerwald in Hitler täuschte, bekam er bald zu spüren: Im Mai wurden die Christlichen Gewerkschaften zwangsweise der „Deutschen Arbeitsfront“ unterstellt, im Juli löste sich die Zentrumsparterie auf, ihre Mandate fielen an die NSDAP. Innerhalb eines halben Jahres war damit das Lebenswerk Stegerwalds zerstört, ihm selbst jede Möglichkeit für eine weitere öffentliche Betätigung genommen.

Als „Systempolitiker“ wurde Stegerwald in den kommenden Jahren von den Machthabern schikaniert und überwacht. 1934 entkam er seiner wahrscheinlichen Ermordung während des „Röhm-Putsches“ nur, weil er rechtzeitig davor gewarnt worden war. Für kurze Zeit tauchte er unter, stritt sich dann mit der Reichsregierung erfolgreich um seine Altersversorgung und fand sich schließlich mit dem Leben eines unpolitischen Ruheständlers in Berlin ab, wo er seit 1921 wohnte. Von weiteren Drangsalierungen unbehelligt, begann er nun, sich in Briefen und Exposé mit der Frage zu beschäftigen, ob die katholische Kirche sich nicht mit Hitler arrangieren müsse, um das Überleben des Katholizismus im Dritten Reich zu sichern, eine Frage, die Stegerwald rundweg bejahte. Dass Hitler lange an der Macht bleiben würde, war der Ausgangspunkt seiner Überlegungen. Der Widerstandskreis um Jakob Kaiser strich ihn daraufhin wieder von den Kabinettslisten, die für die Zeit nach einem geglückten Attentat auf Hitler bereits fertig in der Schublade lagen.

Die Grausamkeiten des Krieges bekam Stegerwald in aller Härte zu spüren: Einer seiner Brüder kam bei einem Bombenangriff auf Frankfurt am Main ums

Leben, sein Sohn Heinrich fiel im Oktober 1943, seine Söhne Paul und Wilhelm wurden an der Front schwer verletzt. 1944 wurden zudem seine beiden Häuser in Berlin ausgebombt. Im März 1944 kehrte er mit seiner Frau Kreszenz nach Greußenheim zurück, wo er seit über 50 Jahren nicht mehr gelebt hatte. Obwohl er nicht in das Attentat vom 20. Juli 1944 verwickelt war, wurde er am 24. August verhaftet und in Würzburg gefangen gesetzt. Nach seiner Freilassung am 19. Oktober 1944 verbrachte Stegerwald die letzten Kriegsmomente in Greußenheim.



1932, während der Weltwirtschaftskrise, entstand diese Porträtskizze des bekannten Pressezeichners Emil Stumpp.
Foto: Archiv für Christlich-Soziale Politik

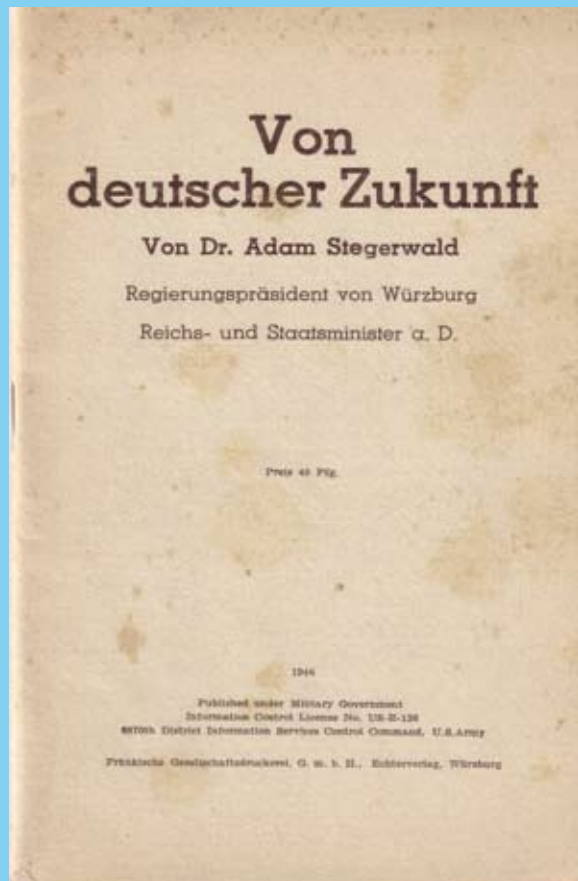
1.5 Rückkehr auf die politische Bühne in der „Stunde Null“

Mit der Kapitulation des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945 war Stegerwald das vergönnt, was er seit 1933 insgeheim gehofft hatte: Die Rückkehr auf die politische Bühne. Für ihn als „nationalbewußten Deutschen“, wie er sich selbst nannte, war es aber klar, dass er sich erst nach vollzogener Kapitulation bereit erklärte, Regierungspräsident von Mainfranken zu werden. Dieses Amt hatten ihm die US-Truppen auf Empfehlung des im amerikanischen Exil lebenden Heinrich Brüning bei ihrem Einmarsch in Greußenheim am 22. April angeboten. Stegerwald konnte zwar zeitlebens seinen fränkischen Dialekt nicht verleugnen, wie auf den wenigen von ihm erhaltenen Tondokumenten zu hören ist. Aber als ausgesprochenen Franken sah er sich nie. Das änderte freilich nichts daran, dass er als Regierungspräsident alles daran setzte, die Lebensbedingungen der Menschen in und um das schwer zerstörte Würzburg so schnell wie möglich zu verbessern. Tatsächlich gelang es ihm innerhalb weniger Monate durch geschicktes Lavieren zwischen der bayerischen Regierung unter Ministerpräsident Fritz Schäffer (1888-1967, CSU), den Militärbehörden sowie den Landräten und Bürgermeistern, Mainfranken zu einem „Musterbezirk“ zu machen, wie die Würzburger „Main-Post“ im Dezember 1945 schrieb.

Stegerwalds Ambitionen gingen weit über Franken hinaus. So rechnete er im Herbst 1945 damit, von den US-Behörden zum Nachfolger Schäffers in München berufen zu werden, ja er sah sich schon als Mitglied einer späteren deutschen Zentralregierung, wenn nicht sogar als erster deutscher Nachkriegskanzler. Bei den Amerikanern genoss er höchsten Respekt, ganz anders als bei vielen seiner Landsleute in Altbayern, bei denen er als „verpreußter Bayer“ und als Autokrat verschrien war – letzteres nicht ganz zu Unrecht. Bei der Staatsregierung in München zum Beispiel war er wegen der Alleingänge in seinem „Herzogtum Unterfranken“ berüchtigt. Die Frage, ob Stegerwald bei der

Entlassung Schäffers als Ministerpräsident am 28. September 1945 durch die US-Administration seine Hände im Spiel hatte, war in den Anfangsjahren der CSU, neben grundlegenden Differenzen über ihre inhaltliche Ausrichtung, ein heikler Punkt bei den Flügelkämpfen innerhalb der Partei.

Bei allem Engagement für Mainfranken widmete sich Stegerwald in erster Linie der Verwirklichung jener interkonfessionellen, schichtenübergreifenden christlich-sozialen und demokratischen Volkspartei, die er 1920 mit dem „Essener Programm“ vergeblich erstrebt hatte. Während Stegerwald an der Gründung der CSU in Würzburg am 13. Oktober noch direkt beteiligt war, durfte er die Gründung von CSU und CDU als überregionale Parteien nicht mehr miterleben. Ende November 1945 erkrankte er an Grippe und Bronchitis, am Morgen des 3. Dezember schloss er in Würzburg für immer die Augen. Nicht gerade zu seiner Genesung trug ein Artikel der „Frankfurter Rundschau“ vom 30. November bei, in dem er teilweise zutreffend, größtenteils aber bloß verleumderisch mit seinen Gedankenspielen während der NS-Zeit konfrontiert wurde. Stegerwald soll dem Pamphlet kaum Bedeutung zugemessen haben, in Würzburg allerdings wurde es viel diskutiert. Bei der Beisetzung auf dem dortigen Hauptfriedhof waren sich alle Redner einig, dass mit Stegerwald ein Mann abgetreten war, der sich wie kaum ein zweiter um das deutsche Gemeinwesen verdient gemacht hatte und dessen Erfahrungen beim Wiederaufbau Deutschlands von großem Nutzen gewesen wären.



In seiner letzten Publikation entwarf Stegerwald ein umfangreiches Konzept für den staatlichen Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie erschien posthum 1946.

Foto: Forster

2. Das Wirken Stegerwalds – ein Beitrag zum sozialen Rechtsstaat der Bundesrepublik

Als Stegerwald 1945 starb, war an den staatlichen Wiederaufbau Deutschlands noch gar nicht zu denken, geschweige denn daran, dass deutsche Politiker dabei überhaupt ein Wort mitzureden gehabt hätten. Und dennoch ist Stegerwalds Erbe noch über 60 Jahre nach seinem Tod lebendig im „sozialen Rechtsstaat“, der 1949 mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik etabliert wurde. Wie der Historiker Rudolf Morsey festgestellt hat, bilden Leben und Werk Stegerwalds ein „geschlossenes Programm“, das im Kern bereits um die Jahrhundertwende entwickelt war, das er dann in unterschiedlichen Nuancen im Kaiserreich und in der Weimarer Republik fortschrieb und an das er 1945 bei seinen Überlegungen zum Wiederaufbau nahtlos anknüpfen konnte. Nach einer Definition des Sozialwissenschaftlers Lothar Roos machen drei Elemente den sozialen Rechtsstaat aus: Der Gedanke der Einheitsgewerkschaft, das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft und schließlich die Existenz einer christlich-sozialen bzw. demokratischen Volkspartei in Abkehr von den Klassen- und Interessenparteien der Weimarer Republik. All diese drei Erfolgsfaktoren der Bundesrepublik hat Stegerwald wesentlich mit vorbereitet.

2.1 Stegerwald – Verfechter starker, unabhängiger Gewerkschaften

Grundlage für Stegerwalds Wirken war sein Rückhalt in der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Warum setzte sich Stegerwald überhaupt für die Gründung eigener Christlicher Gewerkschaften ein, also für eine Konkurrenzorganisation zu den Freien Gewerkschaften und den zahlenmäßig weit weniger wichtigen liberalen „Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereinen“? Den Ausschlag gab die enge Verzahnung der Freien Gewerkschaften mit der SPD, die mit ihrem weitgehenden Atheismus, ihrem klassenkämpfer-

ischen Gesellschaftsverständnis und schließlich mit ihrer Ablehnung der Monarchie für Stegerwald keine Option waren. 1893 wandte er sich daher bewusst der christlichen Arbeiterbewegung zu. In seiner Münchner Zeit ab 1894 war er einer der Wortführer bei der Sammlung der christlichen Arbeiter, 1899 wirkte er an der Gründung der Christlichen Gewerkschaften in Mainz mit. Als Vorsitzender des Christlichen Holzarbeiterverbands Deutschlands gab er mit seinem Eintreten für zentralisierte, strikt interkonfessionelle und parteipolitisch neutrale Verbände der jungen Bewegung die Richtung vor. Seine Wahl zum Generalsekretär des Gesamtverbands der Christlichen Gewerkschaften im Jahr 1903 war von daher nur folgerichtig.

Unter Stegerwald entwickelten sich die Christlichen Gewerkschaften zu einer Organisation, die im Wirtschafts- und Sozialgefüge des Kaiserreichs, später der Weimarer Republik, fest etabliert war. Bei seinem Amtsantritt 1903 umfasste der Gesamtverband gut 91.000 Arbeiter, 1912 waren es 350.000 in insgesamt 24 Branchenverbänden, 1920 über 1,1 Millionen, 1931 als Folge der Weltwirtschaftskrise immerhin noch 578.000. Regionale Schwerpunkte waren das Rheinland und das Ruhrgebiet, Bayern und Schlesien. Durchgehend rund 12 Prozent der gesamten organisierten Arbeiter in Deutschland gehörten den Christlichen Gewerkschaften an. Seit 1909, als der organisatorische Aufbau des Gesamtverbandes abgeschlossen war, war Stegerwald die bestimmende Führungsfigur der Christlichen Gewerkschaften. Auch im Ausland war er anerkannt: 1908 wurde er zum Generalsekretär der Christlichen Gewerkschaftsinternationale gewählt, ein Amt, das er allerdings nur bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs ausübte.

Weil die Dominanz der Freien Gewerkschaften bis 1933 erdrückend war, suchte Stegerwald den Schulterchluss mit anderen nichtsozialistischen Arbeiterorganisationen. Seit 1903 war er gleichzeitig Generalsekretär der im „Deutschen Arbeiterkongress“ zusammengefassten „Christlich-nationalen Arbeiter-



Stegerwalds erste Veröffentlichung von 1900 über die Notwendigkeit der Christlichen Gewerkschaften. In dieser Zeit gab er als Beruf „Redakteur“ an.

Foto: Stadtbibliothek Mönchengladbach

bewegung“, einem Zusammenschluss der Christlichen Gewerkschaften, der konfessionellen Arbeitervereine und einer Reihe von Angestellten- und Beamtenorganisationen, der aber keine feste Organisation hatte. 1918 ging daraus der „Deutsch-Demokratische Gewerkschaftsbund“ DDGB hervor, der ab 1919 „Deutscher Gewerkschaftsbund“ DGB hieß. Ab 1920 war Stegerwald gleichzeitig Vorsitzender der Christlichen Gewerkschaften und des DGB mit seinen damals 1,7 Millionen Mitgliedern. Der DGB ruhte auf drei Säulen: 1. dem Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften als stärkster Einzelorganisation, 2. dem Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften und 3. mehreren Beamten- und Arbeitergewerkschaften. Auch wenn die unterschiedliche Interessenlage der einzelnen Mitgliedsverbände und vor allem deren politische

Uneinigkeit eine schwere Hypothek für den DGB waren, besaß er doch erhebliches Gewicht im Weimarer Wirtschafts- und Sozialsystem. Für Stegerwald war der DGB die wichtigste Plattform, von der aus er seinen politischen Einfluss bis 1933 geltend machen konnte.

Als Generalsekretär musste Stegerwald vor dem Ersten Weltkrieg den Bestand der Christlichen Gewerkschaften nicht nur gegen die Freien Gewerkschaften verteidigen, sondern auch gegen Anfeindungen aus dem eigenen Lager, als einzelne Bischöfe den katholischen Arbeitern untersagen wollten, sich mit ihren protestantischen Kollegen zur Durchsetzung ihrer rein wirtschaftlichen Interessen zusammenzuschließen. Im „Gewerkschaftsstreit“, der zwischen 1900 und 1912 innerhalb des deutschen Katholizismus ausgefochten wurde, standen zwei Fraktionen einander unversöhnlich gegenüber: Auf der einen Seite die „Köln-Gladbacher“ Richtung um den Erzbischof von Köln, die Rheinische Zentrumspartei und den „Volkverein“, die den Interkonfessionalismus in den Gewerkschaften vorbehaltlos bejahten. Auf der anderen Seite die „Berlin-Trierer“ Richtung um die Berliner katholischen Arbeitervereine und die Bischöfe von Breslau und Trier, die rein katholische Gewerkschaften unter der Aufsicht eines geistlichen Präses forderten. Nach ihrer Ansicht sollten die Gewerkschaften keine tarifpolitische Entscheidung ohne vorheriges Placet des Präses fällen.

Stegerwald lehnte die Forderungen der Berlin-Trierer Richtung rundweg ab, auch wenn die Protestanten in den Christlichen Gewerkschaften permanent eine Minderheit blieben. Was ihn, abgesehen von Zweckmäßigskeitsfragen, am meisten empörte, war, dass die Berlin-Trierer es den Arbeitern nicht zutrauten, ihre ureigenen Interessen selbst zu vertreten, ohne geistliche Bevormundung. Und das, obwohl kein Oberhirte auf die Idee gekommen wäre, ein ähnliches Sonderrecht von den Arbeitgeberverbänden zu verlangen. Und nicht zuletzt befürchtete Stegerwald – persönlich ein treuer, praktizierender Katholik –, dass eine „ultramontane“ Einmischung Roms in eine rein deutsche

Angelegenheit wie die Tarifbeziehungen die Stellung des Katholizismus im mehrheitlich protestantischen Kaiserreich nur schwächen konnte. Letztlich konnte der Streit nur durch Papst Pius X. selbst entschieden werden, der 1912 in seiner Enzyklika „Singulari quadam“ allerdings nur eine Duldung der interkonfessionellen Gewerkschaften aussprach, keine Billigung. Ein Ergebnis, das Stegerwald nur schweren Herzens hinnahm. Nur durch das mäßigende Einwirken des Bischofs von Paderborn, Karl Joseph Schulte (1871-1941), konnte er davon abgebracht werden, öffentlich gegen den Vatikan Stellung zu beziehen und die Christlichen in „Nationale“ Gewerkschaften umzubenennen.

Der Gewerkschaftsstreit war für Stegerwald eine prägende Erfahrung. Nun war er auch endgültig als die bestimmende Persönlichkeit der Christlichen Gewerkschaften etabliert. Die Arbeiter brachten das mit dem Spruch zum Ausdruck: „Trotz Singulari quadam, wir stehen treu zu Adam“. Gleichzeitig hatte er im Verlauf des Streits gelernt, sich ohne Scheuklappen mit höchsten staatlichen und kirchlichen Würdenträgern auseinanderzusetzen. Schließlich war er von nun an gegen jegliche kirchliche Einflussnahme sensibilisiert, eine Eigenschaft, die der Aschaffener Prälat Max Rössler (1911-1992), ein Weggefährte Stegerwalds bei der Gründung der CSU, prägnant als „Anti-Prälatenaffekt“ umschrieben hat.

Die Christlichen Gewerkschaften und der DGB definierten sich in erster Linie über ihre Gegnerschaft zur SPD und zu den Freien Gewerkschaften. Und dennoch: Dass es prinzipiell richtig gewesen wäre, alle Arbeiter in einer Einheitsgewerkschaft zusammenzufassen, stand für Stegerwald von jeher außer Frage, nur sah er dazu keine realistische Möglichkeit, solange die Freien Gewerkschaften nicht parteipolitisch neutral, sondern eng mit der SPD verbunden waren. In der Praxis jedoch arbeiteten die Freien und die Christlichen Gewerkschaften immer wieder zusammen, vor allem wenn es nicht um Weltanschauung, sondern die konkrete Verbesserung der materiellen Lebensumstände der Arbeiter und ihre rechtliche Gleichstellung im

Staat ging. Kürzere Arbeitszeiten, eine angemessene Entlohnung, die den Unterhalt einer Familie und die Ausbildung der Kinder ermöglicht, oder etwa die betriebliche Mitbestimmung forderten die Freien und die Christlichen Gewerkschaften meistens unisono, lediglich in Nuancen unterschieden. Auch im konkreten Streikverhalten gab es kaum Unterschiede zwischen Freien und Christlichen Gewerkschaften, deren Spitzenverbände vor allem in den Krisenjahren zwischen 1900 und 1933, also während des Ersten Weltkriegs, während der Revolution 1918/19, in den Anfangsjahren der Weimarer Republik bis 1923 und dann wieder während der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 immer wieder zu gemeinsamen Initiativen zusammenfanden.

Konkrete, das heißt strukturell-organisatorische Formen nahm der Gedanke der Einheitsgewerkschaft aber erst unter dem Druck der Machtergreifung Hitlers am 30. Januar 1933 an, weil sich in den Freien und den Christlichen Gewerkschaften sowie den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen die Einsicht durchgesetzt hatte, dass die Arbeiterbewegung nur dann Erfolg haben konnte, wenn sie einig war. Stegerwald kam dabei eine eher symbolische, aber dennoch wichtige Rolle zu. Am 1. April wurde er von Anton Erkelenz (1878-1945, Hirsch-Dunckersche) aufgefordert, bei seinen Kollegen die Initiative zur Gründung der Einheitsgewerkschaft zu ergreifen, da er der letzte noch politisch aktive Christliche Gewerkschafter der ersten Stunde war. Große Überzeugungsarbeit musste Erkelenz bei Stegerwald nicht mehr leisten. Denn Stegerwald war überzeugt, dass die deutsche Geschichte nach 1918 eine andere Wendung genommen hätte, wären die Arbeiter nur von Anfang an in einer einzigen Organisation zusammengefasst gewesen. Am 28. April 1933 gehörte Stegerwald daher zu den Unterzeichnern der Vereinbarung über die Bildung eines „Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften“, die u.a. auch die Unterschrift von Jakob Kaiser trug.

Zwar konnte der „Führerkreis“ das Verbot der Gewerkschaften kurz darauf durch Hitler nicht

verhindern. Aber er bildete eine Messlatte, hinter die die meisten Gewerkschafter nach dem Ende der Hitler-Diktatur im Mai 1945 nicht mehr zurückgehen wollten. Auch für Stegerwald stand die Gründung der Einheitsgewerkschaft, wie sie dann auch von den Besatzungsbehörden verlangt wurde, außer Frage. Das kommt zum Beispiel in einem Exposé vom Herbst 1945 zum Ausdruck, in dem er sich für einen „einheitlichen Block“ der Gewerkschaften aussprach, bevor es heißt: „Den Gewerkschaften soll, ähnlich wie der Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer und der Landwirtschaftskammer, der Charakter von Körperschaften des öffentlichen Rechtes verliehen werden, weil sonst zu befürchten steht, daß die deutschen Gewerkschaften im Hinblick auf ihre Vergangenheit wieder zu Tummelplätzen politischer und weltanschaulicher Fragen gebraucht werden.“

Eine unabdingbare Voraussetzung für ihn war dabei allerdings, dass die Minderheitenrechte der christlichen Arbeiter durch entsprechende Statuten strikt gewahrt bleiben mussten. Da dies der „christlich-sozialen Kollegenschaft“ im 1949 gegründeten DGB der Bundesrepublik mit seiner häufigen Parteinahme für Positionen der SPD nicht durchweg gelang, ist die Schaffung einer politisch wirklich neutralen Einheitsgewerkschaft eine bleibende Forderung Stegerwalds bis in die Gegenwart hinein.



2.2 Stegerwald – Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft



„Wohlstand für alle“ – das Erfolgsrezept der Sozialen Marktwirtschaft und der Bundesrepublik nach 1949. Vieles von dem, was in der Sozialen Marktwirtschaft verwirklicht und in erster Linie mit dem Namen Ludwig Erhard verbunden ist, hat Stegerwald gedanklich mit vorbereitet.

Foto: Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Stegerwalds Erbe ist noch heute lebendig in der Sozialen Marktwirtschaft, die 1948 mit der Währungsreform auf den Weg gebracht und ein Jahr später im Grundgesetz festgeschrieben wurde als eine auf Freiheit, Eigenverantwortung und Privateigentum gegründete, aber durch die staatliche Sozialpolitik modifizierte Wirtschaftsverfassung. Das Konzept ist natürlich in erster Linie mit Ludwig Erhard und Konrad Adenauer verbunden, mit Alfred Müller-Armack, Walter Eucken und Franz Böhm. In seinen Grundzügen wurde es aber schon lange vor Gründung der Bundesrepublik auch von Stegerwald propagiert, wenn auch unter anderem Namen. Der bayerische Minister-

präsident Franz Josef Strauß, 1948 als Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates selbst an der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft beteiligt, brachte dies im Jahr 1985 bei einer Gedenkveranstaltung zu Stegerwalds 40. Todestag in Würzburg mit den Worten auf den Punkt: „Für Stegerwald, der schon 1919 bei der Erarbeitung der Weimarer Verfassung mit aller Kraft eine sozialistische Wirtschaftsordnung verhindern wollte, wäre es ohne Zweifel die Erfüllung eines in seinem ganzen Leben verfolgten politischen Ziels gewesen, wenn er die Entscheidung zugunsten der Sozialen Marktwirtschaft noch hätte erleben können.“

Stegerwalds sozialpolitisches Weltbild wurzelte in der katholischen Soziallehre in der Tradition von Adolf Kolping, Bischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler und Papst Leo XIII., wie er sie im Katholischen Gesellen- und im Arbeiterverein kennen gelernt hatte, vor allem aber im Volksverein für das katholische Deutschland. Prägend war für ihn die Begegnung mit den Gründern des Volksvereins, dem Mönchengladbacher Unternehmer Franz Brandts und dem sozialen Wortführer des Zentrums im Kaiserreich und in der frühen Weimarer Republik, dem Geistlichen Franz Hitze, der zu einem seiner größten Förderer wurde.

Stegerwalds wirtschafts- und sozialpolitisches Ideal war zeitlebens der Ausgleich von Kapitalismus und Sozialismus. Beide lehnte er in ihrer Reinform ab: Den Sozialismus, weil er das Individuum zum bloßen Angehörigen einer ansonsten anonymen Masse degradierte und darüber hinaus für ihn wirtschaftlich ineffizient war; den Kapitalismus, weil in ihm die Schwachen auf der Strecke blieben. Kapitalismus und Sozialismus waren für ihn ohne Unterschied letztlich rein materialistische Weltanschauungen, die im Endeffekt zu Monopolen und damit wirtschaftlicher und politischer Machtkonzentration führen mussten. Weil Stegerwald sowohl Kapitalismus als auch Sozialismus ablehnte, lag nahe, dass er sich für einen Kompromiss zwischen beiden Positionen einsetzte, im Idealfall durch den einvernehmlichen Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, den politischen

Parteien und den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen, also auf betrieblicher Ebene über den auf Gleichberechtigung gegründeten Tarifvertrag, auf gesamtwirtschaftlicher Ebene über eine institutionalisierte Sozialpartnerschaft. Demokratie in der Politik und gesetzlich garantierte Mitbestimmung der Arbeiter und Gewerkschaften in den Betrieben waren für Stegerwald untrennbar miteinander verbunden, spätestens seit der Revolution 1918/19. 1926 schrieb er darüber: „Es ist nicht angängig, im Staat sich mit der Demokratie abfinden, in der Wirtschaft aber sie den Arbeitnehmern vorenthalten zu wollen. Der deutsche Arbeitnehmer will gleichberechtigter Staats- und Industriebürger werden.“ Genauso waren für Stegerwald Wirtschafts- und Sozialpolitik niemals zu trennen. Denn er war überzeugt, dass zunächst einmal das erwirtschaftet werden musste, was nachher über die Sozialpolitik verteilt werden sollte – eine integrative Betrachtung von Wirtschafts- und Sozialpolitik, wie sie auch in der Sozialen Marktwirtschaft zu finden ist. Dabei betonte er immer wieder die positive Nachfragewirkung der durch den Sozialstaat umverteilten Gelder, die so letztlich wieder in den Wirtschaftskreislauf zurückflossen.

Stegerwalds Grundverständnis der Wirtschafts- und Sozialpolitik zielte letztlich darauf ab, die Arbeiterschaft, heute würde man sagen, die sozial Schwachen, als eine in vielfältiger Weise deklassierte Schicht des Kaiserreichs in die bestehende Gesellschaft zu integrieren, sie als die „Klassenfeinde“ der Bismarck-Ära mit dem Staat auszusöhnen und an den Staat heranzuführen. Ein angemessenes Lohnniveau und die materiellen Leistungen des Sozialstaates waren also für Stegerwald kein Wert an sich, sondern die Voraussetzung, um allen Bürgern politisch-gesellschaftliche Gestaltungsspielräume zu eröffnen. Wirtschaftliche und politische Teilhabe breiter Schichten gingen in der Ideenwelt Stegerwalds Hand in Hand. Stegerwalds Überzeugung dabei: Nur wer über eine gewisse wirtschaftliche Unabhängigkeit verfügt, kann auch ein politisch selbstbestimmtes Leben führen. In diesem

Sinne hätte Stegerwald den populären Leitsatz „Wohlstand für alle“, mit dem Ludwig Erhard für die Soziale Marktwirtschaft warb, sicherlich voll und ganz gutgeheißen.

Jeder Mensch sollte nach den Vorstellungen Stegerwalds die Option auf gesellschaftlichen Aufstieg haben. Ihm schwebte dabei das vor, was man später mit dem Begriff der „Mittelstandsgesellschaft“ mit einer breiten Einkommens- und Vermögensstreuung umschrieb, die über Jahre hinweg zu den Erfolgsfaktoren der Bundesrepublik Deutschland gehörte. Bereits am 5. Februar 1927, als allmählich die „Goldenen Zwanziger“ mit ihrer wirtschaftlichen Scheinblüte zu verblasen begannen, sagte er bei den Haushaltsberatungen im Reichstag in einer weit über seine Zeit hinausweisenden Rede namens der Zentrumsfraktion: „Meine politischen Freunde wollen keinen gesellschaftspolitischen Zustand wie in England und Amerika, in denen es nur Großwirtschaft und Proletariat gibt, wir wünschen vielmehr einen Zustand, der es ermöglicht, daß möglichst viele von unten in die Mittelschicht hineinwachsen können. Wir streben auf eine Entproletarisierung der Arbeiter hin und können daher keine Proletarisierung des Mittelstandes wollen.“

Als eine wesentliche Voraussetzung dafür erkannte Stegerwald, und dabei war er erstaunlich modern, die Bildung. Auch dies war eine Erfahrung aus seinem eigenen Leben, hatte er ja selbst seinen Aufstieg nur machen können, weil er permanent an sich weiterarbeitete, in den Kursen des katholischen Arbeitervereins in München, in den Schulungen des Volksvereins für das katholische Deutschland, als Gasthörer an den Hochschulen in München und in Köln. Bildungschancen der Kinder sah er als die entscheidende Voraussetzung für ihren Aufstieg und für die Möglichkeit, gesellschaftliche Handlungsspielräume wahrzunehmen. Das durfte in seinen Augen niemals vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Deshalb war es für ihn auch das Ideal, dass die Eltern soviel verdienen mussten, um ihren Kindern eine solide Ausbildung finanzieren zu können. Staatliche Stipendien, wie es sie bereits

in den zwanziger Jahren gab, waren für ihn nur die zweitbeste Lösung.

Die Entscheidung über die Höhe von Löhnen wies Stegerwald klar den Tarifparteien zu. Der Staat sollte nicht alles bis ins letzte Detail regeln. Ein Überstaat war nicht das, was Stegerwald wollte. Vielmehr sollte der Staat im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip der katholischen Soziallehre erst dann eingreifen, wenn ein Ausgleich zwischen den Tarifparteien nicht möglich war, dann aber resolut. Denn ein Nachtwächterstaat, der sich lediglich um die innere Sicherheit und das Schulwesen kümmerte, war auch nicht das, was sich Stegerwald unter einem Gemeinwesen vorstellte. Ihm ging es darum, Machtkonzentrationen zu verhindern, egal auf welcher Seite, z.B. durch seinen Einsatz für starke Gewerkschaften als Gegengewicht zu den übermächtigen Arbeitgeberverbänden, oder aber durch die Möglichkeit des Staates, über das Schlichtungswesen in festgefahrene Tarifstreitigkeiten einzugreifen. Überhaupt sah Stegerwald den Staat immer da in der Pflicht, wo der Einzelne nicht aus eigener Kraft in der Lage war, sich um seine ureigenen Dinge zu kümmern, etwa um den eigenen Lebensunterhalt. Dies war in seinen Augen die wichtigste Begründung für die staatliche Sozialversicherung. Auch sie sollte sich aber nicht auf eine bloße materielle Existenzsicherung beschränken, sondern abermals die gesellschaftliche Teilhabe im „sozialen Volksstaat“ garantieren. Von ihr durfte nach Stegerwalds Vorstellung auch der Arbeitslose, der Kranke oder der Invalide nicht ausgeschlossen sein.

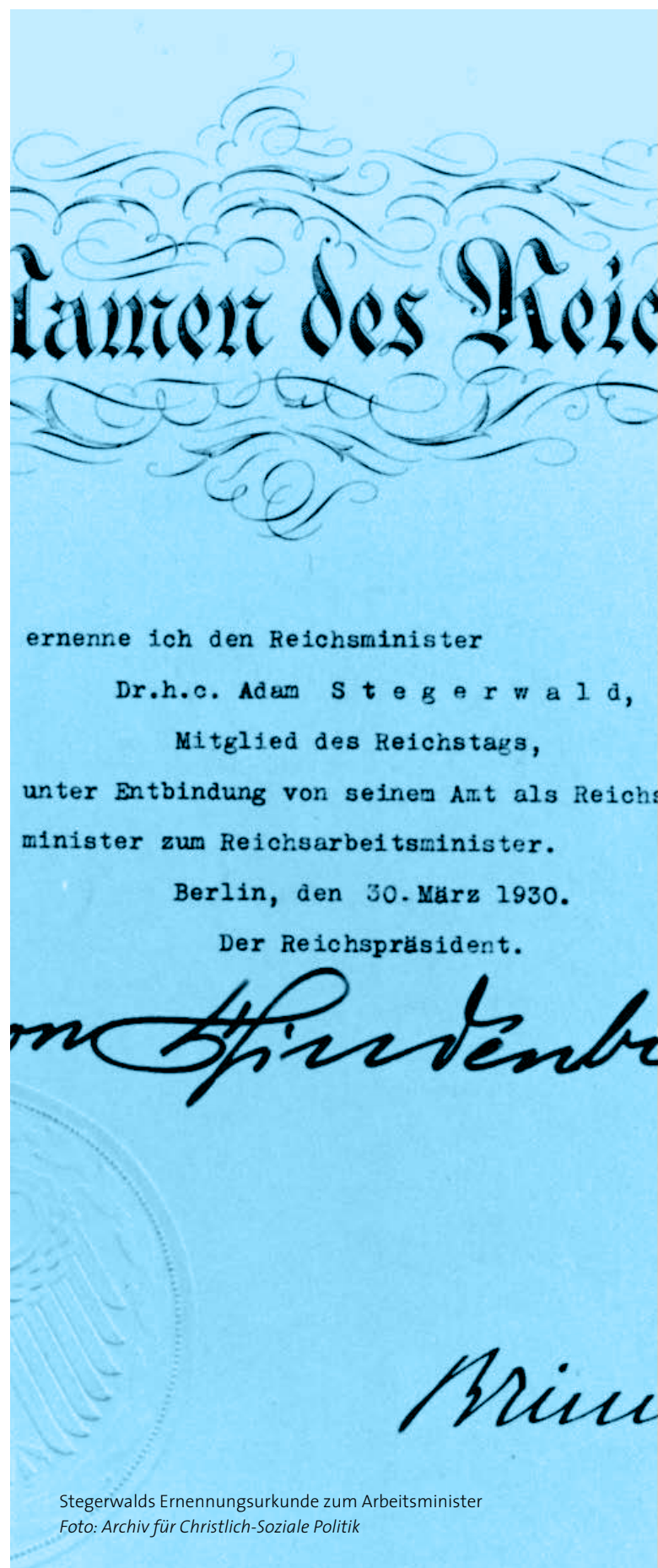
Stegerwald gelang es wie kaum einem anderen, der Sozialpolitik in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts seinen Stempel aufzudrücken. Zwar blieben vor 1914 noch viele seiner Forderungen unerfüllt – etwa die Aufhebung jener Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung, die die Arbeit der Gewerkschaften massiv beschränkten, oder die Einführung paritätischer Arbeitskammern, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer verbindlich über die Ausgestaltung des Sozialwesens bestimmen sollten. Manches kam während des Ersten

Weltkrieges in Bewegung, so zum Beispiel die Einführung der Mitbestimmung in den Großbetrieben durch das „Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst“ von 1916, an dem Stegerwald entscheidend mitarbeitete, und die Abschaffung des Preußischen Dreiklassenwahlrechts kurz vor der Revolution. Vieles wurde mit dem „Stinnes-Legien-Abkommen“ vom November 1918 erreicht, das ebenfalls Stegerwalds Handschrift trug: Vor allem die Anerkennung der Gewerkschaften als legitime Vertreter der Arbeiter durch die Arbeitgeber und die Einführung des Achtstundentags. Weitere Reformen, die die Handschrift Stegerwalds trugen, waren die Garantie eines sozial gebundenen Privateigentums in der Weimarer Reichsverfassung von 1919, das Betriebsrätegesetz von 1920, der weitere Ausbau der Sozialversicherung, vor allem die Arbeitslosenversicherung von 1927, und nicht zuletzt der soziale Wohnungsbau, um den sich Stegerwald in seiner Zeit als Wohlfahrtsminister in Preußen verdient machte. Dass es Stegerwald als Arbeitsminister im Kabinett Brüning während der Weltwirtschaftskrise 1930 bis 1932 nicht gelang, den Abbau vieler sozialer Errungenschaften, um die er selbst gekämpft hatte, zu verhindern, war für ihn ein Trauma. Aber nicht verhandelbar war für ihn in dieser Zeit der Kern des Sozialstaates: Die durch Beiträge erworbenen Ansprüche der Arbeitnehmer in der Sozialversicherung und die Rechte der Gewerkschaften. Die Last der Sanierung der Wirtschaft und der Sozialsysteme einseitig den Arbeitern und den Arbeitslosen aufzubürden, war für Stegerwald ausgeschlossen.

Als Stegerwald 1945 Regierungspräsident von Mainfranken wurde, äußerte er sich dazu, wie er sich den sozialen und wirtschaftlichen Wiederaufbau vorstellte. Auch zum Sozialismus nahm er Stellung, der unmittelbar nach dem Zusammenbruch im Mai 1945 heiß diskutiert wurde. Sozialisierungen von Grundstoffindustrien, Banken, Versicherungen und privatwirtschaftlichen Monopolunternehmen sowie die Enteignung der Großgrundbesitzer als „Hort der politischen Reaktion“ waren für ihn kein Tabu. Zumindest

aber sollten diese unter öffentliche Kontrolle gestellt werden, „um das Staatsleben vor illegitimen Einmischungen und vor Missbrauch wirtschaftlicher Machtzusammenballung“ zu schützen – Gedanken, die letztlich auch auf das machtvorteilende Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft verweisen. Der „christliche Sozialismus“ des Köln-Walberberger Kreises der CDU jedoch, der deutliche Züge einer staatlichen Planwirtschaft beinhaltete, ging ihm entschieden zu weit. Stegerwald befand sich viel näher an den Positionen Konrad Adenauers, der ganz im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft und der späteren „Düsseldorfer Leitsätze“ der CDU von 1949 den freiheitlichen Gedanken in der Wirtschaftsordnung akzentuierte. Nicht von ungefähr hatte Stegerwald schon in den Zwanzigerjahren, als zum ersten Mal im deutschen Katholizismus über einen „christlichen Sozialismus“ gestritten wurde, heftig protestiert.

Wesentlich wichtiger, als die Arbeiter über Sozialisierungen an der Wirtschaft zu beteiligen, war es für ihn, die Mitbestimmung der Arbeiter in den Betrieben zu stärken und damit eine „Wirtschaftsdemokratie“ zu begründen, eine Forderung, die 1951 in die Montanmitbestimmung und 1952 in das Betriebsverfassungsgesetz mündete. Unerfüllt auf breiter Ebene freilich blieb sein Gedanke – auch dies ein Erbe der christlich-sozialen Schule bis hinunter zu Bischof Ketteler –, die Partizipation der Arbeiter über Mitarbeiteraktien zu verwirklichen, was er schon weit vor dem Ersten Weltkrieg gefordert hatte. Eine bloße Gewinnbeteiligung der Arbeiter, wie sie heute zumeist als variable Einkommenskomponente propagiert wird, ging für Stegerwald nicht weit genug.



Stegerwalds Ernennungsurkunde zum Arbeitsminister
Foto: Archiv für Christlich-Soziale Politik

2.3 Stegerwald – Gründervater von CSU und CDU



Stegerwald veröffentlichte das „Essener Programm“ von 1920 unter dem Titel „Deutsche Lebensfragen“. Dessen Grundgedanken besaßen für ihn bleibende Gültigkeit, so auch in seinem Vortrag „Zusammenbruch und Wiederaufbau“ von 1922.

Fotos: Forster

Wenn heute der Name „Stegerwald“ fällt, dann meistens in einem Atemzug mit dem „Essener Programm“ von 1920, in dem er die Gründung einer interkonfessionellen christlich-sozialen und demokratischen Volkspartei forderte, wie sie nach 1945 in CSU und CDU verwirklicht wurde. Zu Recht gilt daher das Jahr 1920 als wichtige Etappe auf dem Weg hin zu den modernen Unionsparteien. Ihre Wurzeln indes reichen viel weiter zurück und sie haben viel mit dem interkonfessionellen Selbstverständnis der Christlichen Gewerkschaften zu tun. Für Stegerwald war klar, dass das, was in der Gewerkschaftsbewegung realisiert war, nämlich die Zusammenarbeit von Katholiken und Protestanten, auch in der Politik möglich sein musste. Dies schien ihm schon aus praktischen Erwägungen sinnvoll. Denn während die SPD ein ideologisch gefestigter Block war, waren die politischen Kräfte, die sich zum Christentum bekannten, in verschiedenen Lagern beheimatet: Der Katholizismus eher im Zentrum, der

Protestantismus eher in den liberalen Parteien. Auch die christlichen Arbeiter waren politisch entsprechend zersplittert. Die Ernte dieser Zersplitterung, davon war Stegerwald überzeugt, fuhr niemand anderer ein als die SPD.

Erste Forderungen Stegerwalds, alle christlichen Kräfte in einer gemeinsamen sozial orientierten Partei zusammenzufassen, gehen auf die Zeit um 1900 zurück. Und wahrscheinlich verdankt sich auch der viel zitierte Artikel „Wir müssen aus dem Turm heraus“, in dem der Kölner Publizist Julius Bachem (1845-1918) im Jahr 1906 eine Öffnung des Zentrums gegenüber den Protestanten forderte, einer Anregung Stegerwalds, der zur selben Zeit im Mittelpunkt des Gewerkschaftsstreits stand. Konkrete, aber vergebliche Initiativen in dieser Richtung startete Stegerwald 1915/1916 und dann wieder unmittelbar nach der Revolution vom November 1918. In Kontakt stand er dabei mit prominenten Vertretern des Liberalismus wie Friedrich

Naumann (1860-1919), Walther Rathenau (1867-1922) und Gustav Stresemann (1878-1929), die er ebenso wenig von seinem Konzept überzeugen konnte wie die etablierten Honoratioren an der Spitze der vom Kulturkampf und damit von einer prinzipiellen Reserve gegen den Protestantismus geprägten Zentrumspartei. Einen neuerlichen Anlauf unternahm Stegerwald nach dem Kapp-Putsch vom 12./13. März 1920, der deutlich machte, wie brüchig die junge Weimarer Republik war. Schützenhilfe bekam er von seinem persönlichen Referenten Heinrich Brüning, der entscheidend an der Rede mitwirkte, in der Stegerwald seine Pläne publik machen wollte.

Was Stegerwald den Delegierten auf dem ersten Nachkriegskongress der Christlichen Gewerkschaften am 21. November 1920 zu sagen hatte, war nichts weniger als eine Anleitung, wie die instabile Weimarer Republik in christlich-sozialem Geist erneuert und damit zukunftsfähig gemacht werden könnte. Die Revision des Versailler Vertrags kam darin genauso vor wie Ausführungen zur Vereinfachung des Staatsaufbaus und der Verwaltung, vor allem aber eine Fülle von sozialpolitischen Forderungen. Als Voraussetzung dafür nannte Stegerwald zweierlei: Eine rigorose Straffung des DGB, der bei dieser Staatsreform die Führungsrolle übernehmen sollte, und die Schaffung jener viel zitierten interkonfessionellen, alle Schichten umfassenden Volkspartei unter der Losung: „deutsch, christlich, demokratisch, sozial“. Sie sollte ein Sammelbecken für die bisher parteipolitisch gespaltenen Mitglieder des DGB sein, aber auch den anderen Berufsgruppen offen stehen. Das „Essener Programm“ hatte bald einen legendären Ruf. Und doch gelang es Stegerwald nicht, es in die Tat umzusetzen. Dafür war die politische Lage viel zu instabil, dafür waren die Beharrungstendenzen in den Parteien zu groß, vor allem im Zentrum, und dafür waren auch die Widerstände in den Christlichen Gewerkschaften zu heftig, die sich durch Stegerwald nicht noch mehr in politische Auseinandersetzungen verstricken lassen wollten. Und nicht zuletzt war auch Stegerwald selbst dafür verantwortlich, weil er sich

nicht definitiv für den Wechsel in die Politik entscheiden mochte.

Die von ihm erstrebten stabilen Mehrheitsverhältnisse versuchte Stegerwald nunmehr, über möglichst breite Koalitionen herzustellen. Sein Ideal war die „Große Koalition“ von SPD, Zentrum, BVP, DDP und DVP mit ihrer Rückbindung bei den Richtungsgewerkschaften und den Industrieverbänden, wenn schon nicht die Koalition der „Volksgemeinschaft“ von der SPD bis hin zur DNVP – ein Bündnis, das mit dem nationalsozialistischen, rassistisch begründeten Begriff der Volksgemeinschaft wohlgernekt nur den Namen gemein hatte. Als ausgleichender Pol dieser Koalitionen sollte das Zentrum als die wichtigste Kraft der politischen Mitte fungieren. Dafür sollte sich die Partei in den Augen Stegerwalds nicht mehr in erster Linie über die Kulturpolitik, als Vertretung des Katholizismus im mehrheitlich protestantischen Reich, definieren, sondern wesentlich stärker über die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die ungezählten Regierungskrisen und Kabinettswechsel zwischen 1920 und 1933 jedoch bestätigten Stegerwald in seiner Überzeugung von der Richtigkeit des „Essener Programms“. In den unterschiedlichsten Situationen griff er darauf als Bezugspunkt zurück, vor allem in den Krisenjahren 1922/23 und während der Staats- und Wirtschaftskrise von 1930 bis 1933. Noch Mitte März 1933, als Hitler bereits als Reichskanzler fest im Sattel saß, hatte es in seinen Augen als Modell für den Umbau des Staates Gültigkeit. Dass Hitler ganz andere Vorstellungen darüber hatte, war bald klar.

Stegerwald war überzeugt, dass die deutsche Geschichte anders verlaufen wäre, wenn sich das „Essener Programm“ 1920 hätte verwirklichen lassen. Als er im Mai 1945 von den US-Truppen zum Regierungspräsidenten von Mainfranken ernannt wurde, sah er seine wichtigste Aufgabe darin, endlich das „Essener Programm“ umzusetzen. Dabei ging es ihm um die Realisierung des interkonfessionellen Prinzips ebenso wie um die Schaffung einer echten Volkspartei „mit starker sozialer Grundhaltung“, wie

er gegenüber seinem früheren Mitarbeiter Johannes Albers (1890-1963) in Köln im Sommer 1945 sein Vorhaben umriss. Gerade die früheren christlichen Gewerkschafter sahen Stegerwald nun in der Pflicht. Albers schrieb ihm am 15. August 1945: „Der Geist und der Sinn von Essen müssen in unserem Volke erhalten bleiben und lebendig gemacht werden. Was soll ich Dir nun zum Schluss noch wünschen? Nichts anderes, was all unsere Freunde im Westen und unsere alten Mitkämpfer Dir persönlich jetzt sagen würden: Wir warten auf Dich.“



Der „Ochsensepp“: Dr. Josef Müller im Jahr 1945.
Foto: Archiv für Christlich-Soziale Politik

Einen wichtigen Gesinnungsgenossen hatte Stegerwald am 8. Juli 1945 in Rothenburg ob der Tauber kennen gelernt: Den Münchner Rechtsanwalt Josef Müller (1898-1979), den „Ochsensepp“. Über die Grundprinzipien der neuen Partei waren sie sich rasch einig: Sie sollte auf christlichem Fundament stehen, aber konfessionell-religiös ungebunden und frei von klerikaler Einflussnahme sein. Genauso wichtig war ihnen, dass sie als echte Volkspartei allen Schichten gleichermaßen offenstehen sollte, dem Landwirt genauso wie dem Akademiker, dem Arbeiter genauso wie dem Industriellen. Eine Neuauflage des alten, auf den Katholizismus beschränkten Zentrums oder der Bayerischen Volkspartei BVP, wie sie etwa von

Fritz Schäffer und Alois Hundhammer (1900-1974) in München favorisiert wurde, kam für Stegerwald und Müller nicht in Frage. Rasch geklärt war auch, wie die Gründung der Partei vonstatten gehen sollte: Müller übernahm es, in Altbayern das Feld dafür zu bereiten, während Stegerwald sich um die Verhältnisse in Franken kümmern und Kontakte in die übrigen Besatzungszonen herstellen sollte.

Bis zur Gründung der CSU in Würzburg dauerte es nicht lange: Am 21. August sprach Stegerwald im Stadthaus erstmals über die neue Partei, vier Tage später konstituierte sich in seiner Wohnung ein Arbeitsausschuss, am 11. September ging bei der Militärregierung der Antrag auf Zulassung der „Christian Social Union“ ein, die im Volksmund schon als „Stegerwald-Partei“ bekannt war. Am 13. Oktober wurde im Elisabethenheim schließlich die CSU für Würzburg Stadt und Land aus der Taufe gehoben. Gleichzeitig sorgte Stegerwald dafür, dass auch außerhalb Würzburgs Orts- und Kreisverbände der CSU ins Leben gerufen wurden. In Aschaffenburg kümmerten sich darum u.a. der frühere Gewerkschaftssekretär Karl Greib, der Prälat Max Rössler, der spätere Bundestagsabgeordnete Hugo Karpf (1895-1994) und schließlich der von Stegerwald eingesetzte Landrat und spätere bayerische Ministerpräsident Hanns Seidel (1901-1961).



Der Aschaffener Landrat Hanns Seidel. Stegerwald berief ihn 1945 in dieses Amt.
Foto: Archiv für Christlich-Soziale Politik

Den CSU-Vorsitz in Würzburg übernahm Stegerwald jedoch nicht selber. Er sah seine Aufgabe darin, die Voraussetzungen für eine spätere Fusion der örtlichen und regionalen Gruppierungen in ganz Deutschland zu schaffen. Einen bayerischen Sonderweg, wie es ihn in der Weimarer Republik in Form der BVP gab, wollte er möglichst vermeiden. Noch zu gut waren ihm die heftigen Auseinandersetzungen zwischen Zentrum und BVP in Erinnerung, die letztlich den Einfluss beider Parteien erheblich geschmälert hatten. Bei allen Widrigkeiten der unmittelbaren Nachkriegszeit suchte Stegerwald daher Kontakte mit den verschiedenen Gründerkreisen der Union in den Besatzungszonen, vor allem über die ehemaligen christlichen Gewerkschafter Johannes Albers in Köln, Jakob Kaiser in Berlin, Josef Ersing (1882-1956) in Württemberg und Anton Gilsing (1875-1946) in Bochum, die die treibende Kraft bei der Gründung der CDU waren. Ja er wandte sich sogar an Heinrich Brüning in dessen Exil in den USA, um ihn zur Mitarbeit an der neuen Partei zu gewinnen.

Besonders intensiv war Stegerwalds Austausch mit dem Gründerkreis in Köln. Um den 20. Oktober 1945 herum gelang es ihm, selbst dorthin zu fahren, um über seine parteipolitischen Vorstellungen und über die Neugestaltung Deutschlands zu sprechen. Einen Besuch stattete er auch dem Kloster Walberberg ab, wo Johannes Albers, Leo Schwering (1883-1971) und die

Dominikanerpatres Laurentius Siemer (1888-1956) und Eberhard Welty (1902-1965) die Weichen für die Gründung der CDU im Rheinland stellten. Ein Treffen mit Konrad Adenauer (1876-1967), den er noch aus seinen Kölner Jahren gut kannte und den er ebenfalls für die Parteigründung begeistern wollte, ließ sich jedoch nicht arrangieren. Auf der Rückfahrt von Köln nach Würzburg fand zudem am 23. Oktober in Mingolsheim bei Heidelberg eine erste überzonale Konferenz von Vertretern der verschiedenen Gründerzirkel statt, die Stegerwald einberufen hatte. Dem folgten am 27. und 28. Oktober in Würzburg weitere Besprechungen über die Parteigründung in ganz Deutschland. Die nächsten Schritte zur Gründung der Union erlebte Stegerwald freilich nicht mehr, da er am 3. Dezember 1945 in Würzburg starb. So fehlte Stegerwald beim ersten „Reichstreffen“ der entstehenden CDU vom 14. bis 16. Dezember 1945 in Bad Godesberg bei Bonn, wo er dringend erwartet wurde. Auch die konstituierende Sitzung der CSU als Landesorganisation in München am 8. Januar 1946 musste ohne ihn stattfinden. Ob es Stegerwald gelungen wäre, die beiden Unionsparteien in einer gemeinsamen Organisation zusammenzufassen, wie es sein Ideal gewesen war, muss offen bleiben. Wahrscheinlich ist es jedoch nicht.



Politiker aus dem Umfeld der christlichen Arbeiterbewegung, die Stegerwalds Vermächtnis in der Bundesrepublik fortführten (v.l.): Heinrich Krehle und Hugo Karpf in der CSU sowie Jakob Kaiser und Johannes Albers in der CDU.
Fotos: Bayerischer Landtag / Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Zahlreiche Unionspolitiker fühlten sich verpflichtet, die Erfahrungen Stegerwalds bei der Gründung und Ausgestaltung der jungen Bundesrepublik wirksam werden zu lassen. 1985 brachte dies der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl bei einer Gedenkfeier aus Anlass des 40. Todestags Stegerwalds in Würzburg zum Ausdruck, indem er sagte: „Stegerwalds Verdienste um die Idee der christlichen Demokratie sind sein Vermächtnis an unsere Generation. Er zählt zu den Initiatoren eines tiefgreifenden Wandels im Parteiensystem, dem wir die Stabilität unseres Gemeinwesens Jahrzehnte hindurch verdanken, ja das uns inzwischen schon zur Selbstverständlichkeit geworden ist.“ Und er wies dabei auf die Leistungen des gerade in den Anfangsjahren der Bundesrepublik einflussreichen Arbeitnehmerflügels der Union hin, der sich ganz besonders bemühte, Stegerwalds Vermächtnis fortzuführen: In der CSU vor allem Rudolf Schwarzer (1879-1964), Hugo Karpf (1895-1994) und Heinrich Krehle (1892-1969), in der CDU in erster Linie Johannes Albers, Jakob Kaiser, Karl Arnold (1901-1958) und Theodor Blank (1905-1972) – allesamt Persönlichkeiten, die selbst noch aus dem Umfeld Stegerwalds stammten. Auf Stegerwald beriefen sich vor allem die Ende 1945 von Albers gegründeten Sozialausschüsse der CDU, aus denen 1946/47 die „Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft“ CDA hervorging. Ihr Pendant auf Seiten der CSU ist die 1947 in Eichstätt gegründete „Christlich-Soziale Arbeitnehmerschaft“ CSA, zu deren erstem Vorsitzenden Heinrich Krehle gewählt wurde. CDA und CSA haben einen gemeinsamen Vorläufer in dem 1928/29 von Stegerwald mitbegründeten „Reichsarbeiterbeirat“ der Zentrumspartei, und beide stehen in der Tradition Stegerwalds, wenn sie sich noch heute dezidiert als Anwalt der Arbeitnehmerinteressen in der Union und darüber hinaus als Fürsprecher der sozial Schwachen bei der Fortentwicklung der Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik unter den Rahmenbedingungen der Globalisierung und nach Maßgabe der Sozialen Marktwirtschaft in christlich-sozialer Tradition verstehen.

Denn zum Vermächtnis Stegerwalds gehört, dass Wirtschaft und Politik niemals Selbstzweck sind. Sie müssen sich daran messen lassen, inwieweit sie es dem Menschen ermöglichen, ein selbstbestimmtes Leben in sozialer Verantwortung zu führen. Von daher hätte Stegerwald zweifellos die Kernaussage des Grundprogramms der CDA von 2001 unterschrieben: „Erst der Mensch, dann der Markt“. Und genauso hätte er sicher auch dem Leitbild der CSA sein Plazet gegeben: „Der Mensch ist das Maß der Dinge“.

Aufruf!

Die Bevölkerung Mainfrankens sieht dem äußeren Wieder-Aufbau mit Sehnsucht entgegen. Auch ich. Den an mich gelangenden Wünschen können leider in nächster Zeit nur langsam sichtbare Taten folgen. Diejenigen, die das gegenwärtige deutsche Elend mitverschuldet haben, verlangen am lautesten den schnellen Wiederaufbau, sabotieren aber jede darauf gerichtete Maßnahme. Heute weiß das deutsche Volk, wann es ihm besser ging: Beim Abgang des Kabinetts Brüning im Jahre 1932 — oder jetzt. Jedenfalls hat von den jetzigen deutschen Regierungen in den letzten Monaten keine soviel körperliche und seelische Qualen, soviel Tränen und Elend dem deutschen Volke gebracht, keine ein Haus oder eine Brücke zerstört sowie Handel und Verkehr in so unsäglicher Vorstellung heruntergewirtschaftet, wie das letzte Regime.

Der deutsche Wiederaufbau ist in erster Linie eine Verkehrsfrage.

Ohne ausreichende Verkehrsmittel gibt es keine Kohle, ohne Kohle keinen Kalk, keinen Zement, keine Ziegel, keine Wiederinstandsetzung und keinen Aufbau im großen Ausmaße.

Als ehemaligem Reichsverkehrsminister sind mir die Verkehrsprobleme besonders vertraut und ist mir geläufig, daß in dem früheren Kleindeutschland in normalen Jahren 10 Milliarden Zentner Güter von den Bahnen und Schiffen bewegt worden sind; davon etwa 2 Milliarden Zentner durch die Flußschiffahrt. Die Kohle für Mainfranken passierte zu 80 Prozent den Wasserweg. Die deutschen Flüsse sind wegen der zahllosen Brückentrümmer noch nicht befahrbar. Zwar sind die Aufräumungsarbeiten im Main weit fortgeschritten. Für Kohlentransporte ist aber der Rhein der entscheidende Wasserweg. Die deutsche Reichsbahn hatte früher mehrere hunderttausend Wagen acht Monate leer stehen, um sie für die Monate August bis November zur Bewältigung des Massenverkehrs (Kartoffel, sonstige Hackfrüchte, Getreide, Kunstdünger etc.) einzusetzen. Auch die Besatzungsarmee braucht immer noch das deutsche Verkehrsnetz. Dazu kommt, daß Tausende von Lokomotiven und Waggons zerstört oder beschädigt sind und damit ausfallen. Die deutschen Verkehrsleistungen sind mithin zur Zeit auf kaum 50 Prozent von ehemals zusammengeschrumpft.

Das für viele Würzburger besonders schmerzliche Zugungsverbot nach Würzburg muß verschärft, anstatt gemildert werden. Viele Tausende müssen in ihrem

gesundheitlichen Interesse wieder ausquartiert werden. Von Neuzulassungen kann daher keine Rede sein. Eine Katastrophe und die Gefahr von Seuchen und dauernden gesundheitlichen Schädigungen sind sonst unvermeidbar. 20 000 Menschen können etwa in Würzburg hausen; in Wirklichkeit haben sich aber 45 000, teils verbotswidrig, in Würzburg eingefunden. Häufig wohnen 8—9 Menschen in einem Zimmer, viele in Kellern, Holzverschlägen und Erdlöchern. In solchen Unterkünften können und dürfen sie in den kalten und nassen Monaten nicht bleiben.

Wir stehen vor einem Winter ohne Kohlen. Für 10 000 bis 15 000 Menschen sollten im Sommer Notquartiere für den Winter beschafft werden. Die Pläne scheiterten an der Verkehrs- und Kohlenfrage. Auch die Gasversorgung ist daher vorläufig nicht gesichert.

Landsleute!

Würzburg wird im Wiederaufbau deutscher Städte bestimmt nicht an letzter Stelle stehen. Die aus Würzburg Evakuierten müssen aber in ihrem eigenen Interesse bis nächsten Sommer auf dem Lande bleiben. Dort ist auch die Heizstoffbeschaffung und die Vernflegung sehr viel leichter.

Begreift, daß alle meine Zugverbote, wie überhaupt alle meine für den Einzelnen unbequemen und unpopulären Maßnahmen nur dem Ziele dienen, euch zu helfen und euch nicht zu quälen. Leider hat uns die vergangene Regierung fast nichts als leere Kassen, zertrümmerte Heime, gebrochene Herzen und verzweifelte Menschen hinterlassen. Wir sind bettelarm. Wir müssen wieder von vorne anfangen. Seit Jahrhunderten stand keine deutsche Regierung vor einer solchen Hinterlassenschaft!

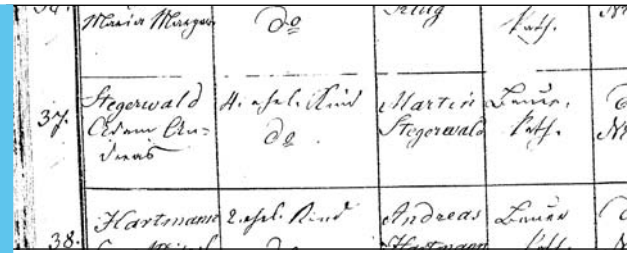
Verzweifelt nicht! Wartet aber auch nicht nur auf staatliche Hilfe. Bildet vielmehr auch in Würzburg gegenseitige Hilfsgemeinschaften für die kleinere Aufbauarbeit. Gerade durch Selbsthilfe und Kleinarbeit lassen sich viele Übelstände beheben. Übt Disziplin und helft einander. Laßt euch vor allem nicht durch zersetzende Elemente aufhetzen.

Ein Erdbeben, ein Um- und Zusammenbruch solcher Größe läßt sich in wenigen Wochen nicht bereinigen. Wir stehen vor einem steilen Berg. Er muß und wird bestiegen werden. Geduld, Vertrauen und Zuversicht sind die Wege zum Ziel.

Der Regierungspräsident: **Dr. Stegerwald**, Reichs- und Staatsminister a. D.

3. Biographische Zeittafel

1874



Der Taufeintrag Stegerwalds in den Matrikeln der Pfarrei Greußenheim.

Foto: Diözesanarchiv Würzburg

Adam Andreas Stegerwald wird in Greußenheim bei Würzburg geboren. Seine Eltern Martin und Franziska bewirtschaften einen kleinen Hof. Stegerwald hat sieben Geschwister.



Am Geburtshaus Stegerwalds in Greußenheim (im Bild links) erinnert eine Gedenktafel an den berühmten Sohn der unterfränkischen Gemeinde.

Foto: Albert Vogel

1880-1889

Stegerwald besucht die siebenjährige Volksschule in seinem Heimatort und ist dort Klassenprimus. Anschließend arbeitet er noch zwei Jahre auf dem Bauernhof seiner Eltern.

1889-1894

Als 15-Jähriger beginnt Stegerwald eine Schreinerlehre in Hochberg bei Würzburg, die er als Geselle in Zell beendet. Anschließend begibt er sich auf die „Walz“. In Günzburg tritt er 1893 dem Katholischen Gesellenverein bei.



Der 18-jährige Schreiner Geselle Stegerwald.

Aus: Josef Deutz:
Adam Stegerwald. Köln 1952

1894-1899

Stegerwald lässt sich 1894 in München nieder und schließt sich dem Kreis um den Arbeiterpriester Lorenz Huber an. Beitreit zum „Arbeiterwahlverein der Bayerischen Zentrumsparthei“ und zum „Verein Arbeiterschutz“. Erste Erfahrungen im Arbeitskampf. Wegen seines Eintretens für Gewerkschaften wird Stegerwald mehrfach entlassen.

1899

20./21. Mai
Gründungskongress der Christlichen Gewerkschaften in Mainz. Stegerwald vertritt als Delegierter die Münchner Holzarbeiter.

1. Juli

Vorsitzender des „Christlichen Holzarbeiterverbands Deutschlands“; Sitz ist München.

1900-1902

Im „Fuldaer Pastorale“ vom 21./22. August 1900 stellen die preußischen Bischöfe das Recht der katholischen Arbeiter in Frage, sich mit ihren protestantischen Kollegen in Gewerkschaften zusammenzuschließen: Beginn des „Gewerkschaftsstreits“.

Stegerwald ist ab 1900 Gasthörer an der Universität München u.a. bei Lujo Brentano; Teilnahme an Kursen des „Volkvereins für das katholische Deutschland“, Agitationsreisen durch ganz Deutschland; 1902 Beitritt zur „Gesellschaft für Soziale Reform“.



Mit der Verleihung des Heimatrechts der Hauptstadt des Königreichs Bayern am 21. Juni 1902 wurde Stegerwald zum Münchner.

Foto: Archiv für Christlich-Soziale Politik

Anfang Juli 1902 wird Stegerwald zum ersten Generalsekretär des Gesamtverbands der Christlichen Gewerkschaften in Köln gewählt.

Am 16. Juli heiratet er die aus Gaimersheim bei Ingolstadt stammende Kreszenz Humpel (1879-1951). Zum Jahresende Umzug nach Köln.



Kreszenz und Adam Stegerwald um 1912 in Köln.
Foto: Archiv Möller-Stegerwald

1903

1. April

Amtsantritt als Generalsekretär in Köln.

Gasthörer an der Handelsschule Köln (bis 1905).

25./26. Oktober

„Deutscher Arbeiterkongress“ in Frankfurt am Main: Gründung der „christlich-nationalen Arbeiterbewegung“; Wahl Stegerwalds zum Generalsekretär des Arbeiterkongresses.

13. Dezember

Empfang bei Reichskanzler Bernhard von Bülow in Berlin.

Geburt der Tochter Barbara Stegerwald (gest. 1957).

1904

September/Oktober

Agitationsreise durch Ostdeutschland, besonders Schlesien.

Geburt des Sohnes Alois Stegerwald (gest. 1963).

31. Dezember

Stegerwald fordert gegenüber Julius Bachem, bei künftigen Wahlen christliche Arbeiter als Kandidaten für das Zentrum aufzustellen.

1905

Wahl in den Provinzialausschuss der Rheinischen Zentrumsparlei.

Geburt des Sohnes Heinrich Stegerwald (gest. 1943).

1906

Bei einer Studienreise durch England lernt Stegerwald das dortige Tarifvertrags- und Schlichtungswesen sowie die parteipolitisch neutralen „Trade Unions“ kennen.

Im Oktober schließt Stegerwald mit den konfessionellen Arbeitervereinen eine Vereinbarung, wonach die Arbeitervereine sich um die sozialpolitische und religiöse Schulung der Arbeiter kümmern, die Gewerkschaften dagegen um die Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen.



Der Arbeiterführer im bürgerlichen Ambiente: Das Ehepaar Stegerwald mit den Kindern (v.l.) Barbara, Alois und Heinrich um 1906.

Foto: Archiv Möller-Stegerwald

1907

20.-22. Oktober

Zweiter Deutscher Arbeiterkongress in Berlin; Stegerwald fordert die volle Koalitionsfreiheit und die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen, außerdem lehnt er die Gründung einer eigenen christlichen Arbeiterpartei ab.

1908

2.-5. August

Internationaler Christlicher Gewerkschaftskongress in Zürich; Stegerwald wird zum Internationalen Gewerkschaftssekretär gewählt. Auf dem Kongress spricht Stegerwald den katholischen Bischöfen das Recht ab, den Arbeitern in Tariffragen Vorschriften zu machen.

1909

19. September

Bei einer Rede in Aachen über „Reichsfinanzreform und christliche Arbeiterschaft“ billigt Stegerwald die deutsche Kolonialpolitik als Voraussetzung für wirtschaftliche Prosperität.

Geburt des Sohnes Franz Stegerwald (gest. 1991).

1911

Anlässlich der Zweiten Marokko-Krise (Mai 1911) spricht sich Stegerwald in einem Aufruf an die Arbeiter gegen politische Streiks aus, wie sie die SPD für den Fall eines Kolonialkriegs ankündigte.

Geburt des Sohnes Paul Stegerwald (gest. 1966).

1912

12. Januar

Die SPD wird stärkste Kraft im Reichstag.



Auf ihrem Kongress 1912 in Dresden verteidigte Stegerwald resolut die Zusammenarbeit von Katholiken und Protestanten in den Christlichen Gewerkschaften. Der Vortrag wurde kurz darauf veröffentlicht und erregte großes Aufsehen, auch bei den deutschen Bischöfen.

Foto: Forster

24. September

Papst Pius X. spricht in der Enzyklika „Singulari quadam“ lediglich eine „Duldung“ der Christlichen Gewerkschaften aus.

26. November

Auf einem außerordentlichen Gewerkschaftskongress in Essen interpretiert Stegerwald die Enzyklika als Bestätigung für die Christlichen Gewerkschaften.

Stegerwald lehnt das Angebot des bayerischen Ministerpräsidenten Georg von Hertling ab, in den Staatsdienst des Königreichs zu wechseln. Bereits zuvor hatte er sich geweigert, Mandate in der Kölner Stadtverordnetenversammlung, im Reichstag oder im preußischen Landtag anzunehmen.

Wahl in das „Politische Komitee der Arbeitervereine Westdeutschlands“.

1913

16. Juni

Empfang durch Kaiser Wilhelm II. in Berlin.

30. November

Dritter Deutscher Arbeiterkongress in Berlin; Stegerwald bekennt sich zum „sozialen Volkskaiserertum“, fordert aber weitere Sozialreformen als Antwort auf die Zuwächse der SPD.

18. bis 22. Dezember

Beim „Kölner Gewerkschaftsprozess“ wird die Unabhängigkeit der Christlichen Gewerkschaften von Weisungen der kirchlichen Hierarchie gerichtlich bestätigt.

1914

Wahl in den „Beirat der rheinischen Zentrumspartei“.

1. August

Nach dem Ausbruch des 1. Weltkriegs ordnen sich die Christlichen Gewerkschaften in den „Nationalen Burgfrieden“ ein.

1915

Gründung der Zeitschrift „Deutsche Arbeit“ als Organ der „christlich-nationalen Arbeiterbewegung“.

Gemeinsam mit den Geistlichen Heinrich Brauns und August Pieper vom „Volksverein für das Katholische Deutschland“ sowie mit dem Straßburger Historiker Martin Spahn setzt sich Stegerwald bis 1918 vergeblich für die interkonfessionelle Öffnung des Zentrums und für eine Stärkung ihres Arbeiterflügels ein.

1916



Die Familie Stegerwald um 1926, stehend die Kinder Alois (v.l.), Franz, Barbara, Heinrich, Wilhelm und Paul.

Foto: Archiv Möller-Stegerwald

22. Mai

Berufung in den Vorstand des „Kriegsernährungsamtes“ in Berlin.

5. Dezember

Gesetz über den „Vaterländischen Hilfsdienst“.

Stegerwald entwirft gemeinsam mit Martin Spahn ein Programm der „Christlich-nationalen Arbeiterbewegung“ auf der Grundlage der katholischen Soziallehre.

Geburt des Sohnes Wilhelm Stegerwald (gest. 1982; nach 1945 Landrat in Neumarkt/Opf., CSU).



Mit dieser Urkunde berief Wilhelm II. Stegerwald als ersten und einzigen Vertreter der Arbeiterschaft in das von Adeligen und Großgrundbesitzern geprägte Preußische Herrenhaus.

Foto: Archiv Möller-Stegerwald

1917

28. Oktober

Berufung in das Preußische Herrenhaus.

28.-30. Oktober

Vierter „Deutscher Arbeiterkongress“ in Berlin: Stegerwald lehnt weitere Friedensinitiativen des Reiches wie die Friedensresolution des Reichstags vom 17. Juli 1917 ab.

4. Dezember

Gründung des „Volksbunds für Freiheit und Vaterland“, der sich für innen- und sozialpolitische Reformen innerhalb der Monarchie einsetzt, unter Mitwirkung Stegerwalds.

1918

Übernahme weiterer staatlicher Ämter: Mitglied im Ernährungsbeirat des Reichstags und des Finanzbeirats beim Reichsschatzamt.

30. Juni

Wahl in den „Reichsausschuss der Deutschen Zentrums-partei“.

10. Juli

Rede im Preußischen Herrenhaus über das gleiche Wahlrecht in Preußen.

9. November

Abdankung Kaiser Wilhelms II. Stegerwald plädiert für die momentane Anerkennung der Rätebewegung, fordert aber die Einberufung einer Nationalversammlung.

13. November

Gründung des „Deutsch-Demokratischen Gewerkschaftsbundes“ (DDGB) in Berlin, Stegerwald wird zum Generalsekretär gewählt. Gleichzeitig ergreift er die Initiative zur Gründung einer interkonfessionellen Volkspartei, die jedoch scheitert.

15. November

„Zentralarbeitsgemeinschaft“ von Arbeitgebern und Gewerkschaften.



1918/19 beriet Stegerwald die deutsche Waffenstillstandskommission in Wirtschafts- und Sozialfragen. Hier eine von Matthias Erzberger ausgestellte Legitimationskarte.

Foto: Archiv für Christlich-Soziale Politik

Dezember

Wirtschaftssachverständiger bei den Waffenstillstandsverhandlungen in Spa (Belgien).

1919

19. Januar

Wahl in die Weimarer Nationalversammlung.



Der Abgeordnete zur Weimarer Nationalversammlung.

Foto: Archiv Möller-Stegerwald

26. Januar

Wahl in die verfassunggebende Preußische Landesversammlung.

5. Februar

Mitglied im erweiterten Vorstand der Zentrumsfraktion in der Nationalversammlung.

21. Februar

Rede in der Weimarer Nationalversammlung: Stegerwald spricht sich gleichermaßen gegen ein planwirtschaftliches wie ein rein marktliberales Wirtschaftssystem aus. Er ist zeitweiliges Mitglied im Verfassungsausschuss.

19. März

Umbenennung des „DDGB“ in „Deutscher Gewerkschaftsbund“ (DGB).

25. März

Ernennung zum preußischen Volkswohlfahrtsminister im Kabinett aus SPD, Zentrum und DDP unter Paul Hirsch (SPD).



Stegerwald in seiner Zeit als preußischer
Volkswohlfahrtsminister.

Foto: Archiv Möller-Stegerwald

9. Dezember 1919
Erlass der „Preußischen Höchstmietenverordnung“ in Verantwortung Stegerwalds.

1920

19. bis 22. Januar
Reichsparteitag des Zentrums in Berlin: Wahl zum stellvertretenden Parteivorsitzenden.

12./13. März
Kapp-Putsch.

26. März
Rücktritt der Preußischen Regierung unter Paul Hirsch; im Nachfolgekabinett unter Otto Braun (1872-1955, SPD) behält Stegerwald das Volkswohlfahrtsministerium.

April
Wahl zum Vorsitzenden des Gesamtverbands der Christlichen Gewerkschaften und des DGB; Nachfolger als Generalsekretär wird Heinrich Brüning.

5. Mai
Gesetz über den „Ruhrsiedlungsverband“ in Verantwortung Stegerwalds. Das Gesetz ist die Grundlage für eine planmäßige städtebauliche Entwicklung im Ruhrgebiet.

6. Juni
Wahl in den Deutschen Reichstag.

Umzug nach Berlin.

20. bis 23. November
Erster Nachkriegskongress der Christlichen Gewerkschaften: Stegerwald legt unter dem Titel „Deutsche Lebensfragen“ das „Essener Programm“ zur Schaffung einer christlich-sozialen und demokratischen Volkspartei vor.



Mit Spannung wurde 1920 im christlich-sozialen Lager erwartet, was Stegerwald auf dem Essener Gewerkschaftskongress über den staatlichen Wiederaufbau nach Weltkrieg und Revolution zu sagen hatte.

Foto: Archiv für Christlich-Demokratische Politik

1921

20. Februar
Stegerwald tritt bei den Wahlen zum ersten Preußischen Landtag nicht mehr an, bleibt aber als Volkswohlfahrtsminister im Amt.

24. Februar
Gründung der „Vereinsbank für deutsche Arbeit AG“ als Finanzinstitut des DGB. Stegerwald übernimmt den Vorsitz im Aufsichtsrat.

1. April
Erste Ausgabe der Tageszeitung des DGB „Der Deutsche“.

9. April
Stegerwald wird mit einer breiten Mehrheit im Preußischen Landtag zum Ministerpräsidenten gewählt. Es gelingt ihm nicht, die Große Koalition aus Zentrum, SPD, DDP und DVP zu schmieden.



Das Kabinett Stegerwald, das von April bis November 1921 in Preußen regierte.

Foto: Archiv für Christlich-Soziale Politik

21. April

Nochmalige Wahl Stegerwalds zum Ministerpräsidenten, diesmal mit den Stimmen von Zentrum, DDP, DVP und DNVP.

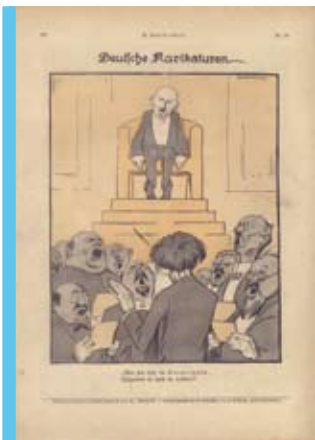
9. Mai

Stegerwald schlägt den Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer als Reichskanzler vor. Seine Sondierungen bleiben aber ergebnislos.

26. August

Ermordung des Reichsfinanzministers Matthias Erzberger durch rechtsradikale Attentäter.

Angesichts der innen- und außenpolitischen Eskalation nach dem „Londoner Ultimatum“ der Alliierten, der Oberschlesienkrise und der Ermordung Erzbergers startet Stegerwald einen neuerlichen Versuch zur Bildung einer Großen Koalition in Preußen.



Der Arbeiter, Katholik und Bayer Stegerwald als Preußischer Ministerpräsident – über diese Karriere wunderten sich schon seine Zeitgenossen.

Foto: Archiv für Christlich-Demokratische Politik

5. November

Nach dem Zustandekommen der Großen Koalition in Preußen tritt Stegerwald vom Amt des Ministerpräsidenten zurück und legt sein Amt als Volkswohlfahrtsminister nieder. Sein Mandat im Reichstag behält er, widmet sich aber wieder verstärkt der Arbeit in den Gewerkschaften und im DGB.

1922

15. bis 17. Januar

Der Zentrumsparteitag in Berlin beschließt die maßgeblich von Stegerwald beeinflussten „Richtlinien“ der Partei, die bis 1933 gültig bleiben.

24. Juni

Ermordung des Reichsaußenministers Walther Rathenau. Stegerwald betreibt anschließend die Bildung der „Arbeitsgemeinschaft der verfassungstreuen Mitte“ von Zentrum, DDP und DVP als Antwort auf den Zusammenschluss von SPD und USPD im Reichstag.

1923



Trotz der unterschiedlichen Parteizugehörigkeit versuchte Stegerwald, den DVP-Vorsitzenden und späteren Reichsaußenminister Gustav Stresemann für seine Ziele zu gewinnen – meistens vergebens. Hier die beiden Politiker 1921 auf dem Weg in den Reichstag.
Foto: Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Nach der Besetzung des Ruhrgebiets durch alliierte Truppen (11. Januar, „Ruhrkampf“), dem Scheitern der Großen Koalition im Reich unter Gustav Stresemann (DVP) und angesichts der galoppierenden Inflation plädiert Stegerwald im Herbst 1923 für eine zeitweilige „legale Diktatur“ eines parteiunabhängigen Kabinetts, dem der Reichstag über ein Ermächtigungsgesetz weit reichende Kompetenzen zusprechen sollte. Stegerwald erhält am 28. November selbst den Auftrag zur Regierungsbildung im Reich, seine Bemühungen um ein bürgerliches Kabinett scheitern jedoch.

1924

3. März

Letzte Tagung der „Zentralarbeitsgemeinschaft“ in Berlin. Gespräche zwischen Stegerwald und dem Arbeitgeber-Vorsitzendem Ernst von Borsig verlaufen im Sande.

4. Mai

Bei den Reichstagswahlen erlangt die DNVP starke Zuwächse. Stegerwald plädiert für eine Koalition des Zentrums mit der DNVP, um die Schwerindustrie in die Verantwortung einzubinden.

6. Juni

Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden der Zentrumsfraktion im Reichstag.



Der Vorstand der Deutschen Zentrumspartei im Jahr 1924. Vor Stegerwald sitzend der Parteivorsitzende und Reichskanzler Wilhelm Marx.

Foto: Archiv für Christlich-Demokratische Politik

11. bis 13. Oktober

Kongress der Christlichen Gewerkschaften in Köln aus Anlass des 25. Gründungsjubiläums: Stegerwald wird wegen seiner Kontakte zur DNVP und wegen seines politischen Engagements vom Vorsitzenden des Bergarbeiterverbands Heinrich Imbusch mit schweren Vorwürfen konfrontiert.

1925

28. Februar

Tod des Reichspräsidenten Friedrich Ebert (SPD). Stegerwald wird von der DNVP als Nachfolger ins Gespräch gebracht, findet dafür aber keinen Rückhalt im Zentrum.

20. Juni

Promotion zum Dr. rer. pol. h.c. der Universität Bonn.



Seit seiner Ehrenpromotion im Jahr 1925 unterschrieb Stegerwald selbstbewusst als „Dr.“

Foto: Archiv für Christlich-Demokratische Politik

16./17. November

Zentrumsparteitag in Kassel: Joseph Wirth fordert Stegerwald auf, sich aus der Gewerkschaftsarbeit zurückzuziehen und sich ganz in den Dienst der Politik zu stellen.

1926

18. Februar

Bei der Haushaltsdebatte im Reichstag fordert Stegerwald die gesetzliche Arbeitslosenversicherung, eine nachfrageorientierte Steuerpolitik und öffentlich finanzierte Bauprogramme, außerdem eine Verwaltungsvereinfachung auf allen Ebenen des Staates.

17. bis 20. April

Gewerkschaftskongress in Dortmund: Stegerwald und Heinrich Imbusch legen ihren Streit über die Politisierung der Gewerkschaften bei.



Reichsverkehrsminister Stegerwald mit dem Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer (l.), städtischem Beigeordneten August Haas (SPD, 3.v.l.) und Oberbaurat Max Woltmann (4.v.l.) bei der Einweihung der Köln-Mühlheimer Brücke am 13. Oktober 1929. In Adenauer setzte Stegerwald große Hoffnungen: Mehrfach schlug er ihn als Reichskanzler vor, 1945 suchte er den Kontakt zu ihm bei der Gründung von CSU und CDU.

Foto: Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus

12. Mai

Nach dem Rücktritt des Kabinetts Hans Luther schlägt Stegerwald den Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer als Reichskanzler vor. Dessen Sondierungen scheitern jedoch. Reichskanzler wird der Zentrumsvorsitzende Wilhelm Marx.

1927

29. Januar

Viertes Kabinett Wilhelm Marx (Zentrum, BVP, DVP, DNVP): Grundlage sind u.a. sozialpolitische „Richtlinien“, an denen Stegerwald maßgeblich mitgearbeitet hat.

7. Juli

Gesetz über Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung.



Den Katholikentag 1927 in Essen leitete Stegerwald als Präsident.

Höchster kirchlicher Repräsentant war dabei der päpstliche Nuntius Eugenio Pacelli (vorne 3.v.l.), der spätere Papst Pius XII., höchster staatlicher Gast war Reichskanzler Wilhelm Marx (vorne 5.v.l.).

Foto: Archiv für Christlich-Soziale Politik

3. bis 6. September

Katholikentag in Dortmund, den Stegerwald als Präsident leitet.

19./20. November

„Regensburger Erklärung“ von Zentrum und BVP über eine engere Zusammenarbeit der Parteien mit dem Ziel einer späteren Wiedervereinigung. Stegerwald hat die Verhandlungen vorangetrieben, zur Fusion kommt es jedoch nicht.

14. Dezember

Der Reichstag beschließt die „Beamtenbesoldungsreform“ gegen heftige Proteste des Zentrums-Arbeiterflügels um Stegerwald. Die Partei steht am Rand einer Spaltung.

1928

20. Mai

Bei den Reichstagswahlen verliert das Zentrum 10 Prozent der Stimmen, SPD und KPD verbuchen klare Gewinne. Stegerwald bereitet als Reaktion eine grundlegende strukturelle und inhaltliche Parteireform vor.

8./9. Dezember

Zentrumsparteitag in Köln: Stegerwald unterliegt bei den Wahlen zum Parteivorsitzenden dem Prälaten Ludwig Kaas.

16. Dezember

Protestkundgebung der „Arbeiterzentrumswähler“ in Essen: Die Delegierten um Stegerwald und Jakob Kaiser fordern die Gründung eines „Reichsarbeiterbeirats“ der Partei.

1929

25. Januar

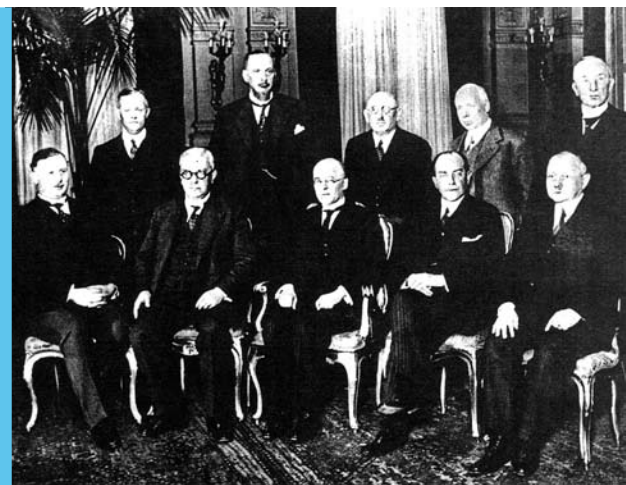
Wahl Stegerwalds zum Vorsitzenden der Reichstagsfraktion des Zentrums; Rückzug aus der Gewerkschaftsspitze; Nachfolger wird Bernhard Otte.

13. April

Reichsverkehrsminister im Kabinett der Großen Koalition unter Hermann Müller (SPD).

1930

Im Kabinett Müller setzt sich Stegerwald angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftskrise nach dem „Schwarzen Freitag“ (25. Oktober 1929) für die Sanierung der Arbeitslosenversicherung durch einen Ausgleich zwischen der SPD und der DVP ein. Die beiden Flügelparteien der Großen Koalition können sich jedoch nicht einigen.



Das erste Kabinett Brüning.
Vorne: Brüning (Mitte); Reichsarbeitsminister Stegerwald (rechts); Reichsminister für Wirtschaft und Finanzen Brüning (links); Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Brüning (rechts); Reichsminister für Reichswehr Brüning (links); Reichsminister für Reichsfinanzwesen Brüning (rechts); Reichsminister für Reichsaussenbeziehungen Brüning (links); Reichsminister für Reichsjustiz Brüning (rechts); Reichsminister für Reichsaussenbeziehungen Brüning (links); Reichsminister für Reichsaussenbeziehungen Brüning (rechts); Reichsminister für Reichsaussenbeziehungen Brüning (links); Reichsminister für Reichsaussenbeziehungen Brüning (rechts).

Das erste Kabinett Brüning, in dem Stegerwald das Amt des Reichsarbeitsministers übernahm. Heinrich Brüning (vorne M.) war von 1919 bis 1921 Stegerwalds persönlicher Referent.

Foto: Archiv für Christlich-Soziale Politik

30. März

Berufung Brüning zum Reichskanzler, Stegerwald wird Arbeitsminister.



Stegerwalds Ernennungsurkunde zum Arbeitsminister.

Foto: Archiv für Christlich-Soziale Politik

18. Juli

Der Reichstag lehnt das Regierungsprogramm Brüning ab; Reichstagsauflösung durch Reichspräsident Paul von Hindenburg.

27. Juli

„Notverordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände“ mit massiven Belastungen für die Arbeiter und Arbeitslosen.

14. September

„Katastrophenwahlen“: NSDAP und KPD erringen rund ein Drittel der Mandate im Reichstag, eine parlamentarische Mehrheit ist ausgeschlossen. Brüning regiert von nun an ohne feste parlamentarische Mehrheit mit der Rückendeckung des Reichspräsidenten.

1. Dezember

„Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“.

1931

5. Juni

„Zweite Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“: Stegerwald erklärt sich mit staatlich verordneten Lohnkürzungen in bestimmten Branchen einverstanden. Seine Forderung nach einer Reichs- und Verwaltungsreform bleibt unerfüllt.



Die Gewerkschaftsführer bei Stegerwald

Arbeitsminister Stegerwald mit den Spitzen der deutschen Gewerkschaften 1931/32.

Foto: Archiv für Christlich-Demokratische Politik

29. September
 „Erklärung deutscher Wirtschaftsverbände“ gegen das Kabinett Brüning.

7. Oktober
 „Dritte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen“: Rücktritt Brünings und neuerliche Beauftragung durch Hindenburg. Stegerwald wird als Arbeitsminister bestätigt.

8. Dezember
 „Vierte Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens“: Rückführung des Lohnniveaus auf den Stand von 1927.

1932

Stegerwald beharrt auf staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, findet aber kaum Widerhall bei Brüning. Wegen der von Stegerwald initiierten „Siedlungsverordnung“, die die Enteignung von überschuldeten großagrarischen Gütern im Osten und die Verteilung des Landes an Arbeitslose vorsieht, gerät das Kabinett in Misskredit beim Reichspräsidenten.



Am 29. Mai 1932 berichtete „Der Deutsche“, die Tageszeitung des DGB, über Intrigen gegen Stegerwald. Drei Tage später, am 1. Juni, unterzeichneten Reichspräsident Paul von Hindenburg und der neue Reichskanzler Franz von Papen seine Entlassungsurkunde.
 Fotos: Forster / Archiv Möller-Stegerwald

30. Mai
 Rücktritt des Kabinetts Brüning.

1. Juni
 Franz von Papen wird Reichskanzler.

29. Juni
 Bei einer Kundgebung des Reichsarbeiterbeirats des Zentrums in Essen warnt Stegerwald vor einer späteren Übernahme der Regierung durch Adolf Hitler. Nach den Reichstagswahlen vom 31. Juli willigt er in Verhandlungen mit der

NSDAP ein, um die Nationalsozialisten zu domestizieren. Die Verhandlungen enden ergebnislos.



Im Reichspräsidentenwahlkampf 1932 trat Stegerwald für Hindenburg ein, um eine Wahl Hitlers zu verhindern. Dafür wurde er öffentlich von den Nationalsozialisten diffamiert.
 Foto: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Auch der „Völkische Beobachter“ nahm Stegerwald ins Visier, hier in der Ausgabe vom 6. August 1932.
 Foto: Archiv für Christlich-Demokratische Politik



19. September

Auf dem letzten Kongress der Christlichen Gewerkschaften in Düsseldorf fordert Stegerwald eine Wiederbelebung des „Essener Programms“. Leitlinie der Sozialpolitik solle die Sozialenzyklika „Quadragesimo anno“ von Papst Pius X. (1931) sein.

3. Dezember

Ernennung Kurt von Schleichers zum Reichskanzler. Schleicher bemüht sich erfolglos um die Unterstützung der Gewerkschaften („Querfront“) und Stegerwalds.

1933

30. Januar

„Machtergreifung“ Hitlers.

1. Februar

Reichstagsauflösung. Im Wahlkampf zieht Stegerwald scharf gegen Hitler zu Felde.

21. Februar

Stegerwald wird bei einer Wahlkundgebung in Krefeld von der SA niedergeschlagen.

5. März

Bei den Reichstagswahlen verfehlt die NSDP die absolute Mehrheit.

Mitte März

In neuen, von Stegerwald mitkonzipierten „Richtlinien“ bekräftigen die Christlichen Gewerkschaften ihre Bereitschaft, an einer Neugestaltung des Staates mitzuwirken. Gleichzeitig verhandelt Stegerwald als Mitglied eines Dreier-Kollegiums seiner Fraktion mit Hitler über die Zustimmung des Zentrums zum „Ermächtigungsgesetz“.

23. März

Der Reichstag beschließt mit den Stimmen des Zentrums das „Ermächtigungsgesetz“.

28. April

Vereinbarung über den „Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften“

2. Mai

Zerschlagung der Freien Gewerkschaften.

3. Mai

Zwangsweise Einordnung der Christlichen Gewerkschaften in das „Aktionskomitee zum Schutz der Deutschen Arbeit“, aus dem am 10. Mai die „Deutsche Arbeitsfront“ hervorgeht.

24. Juni

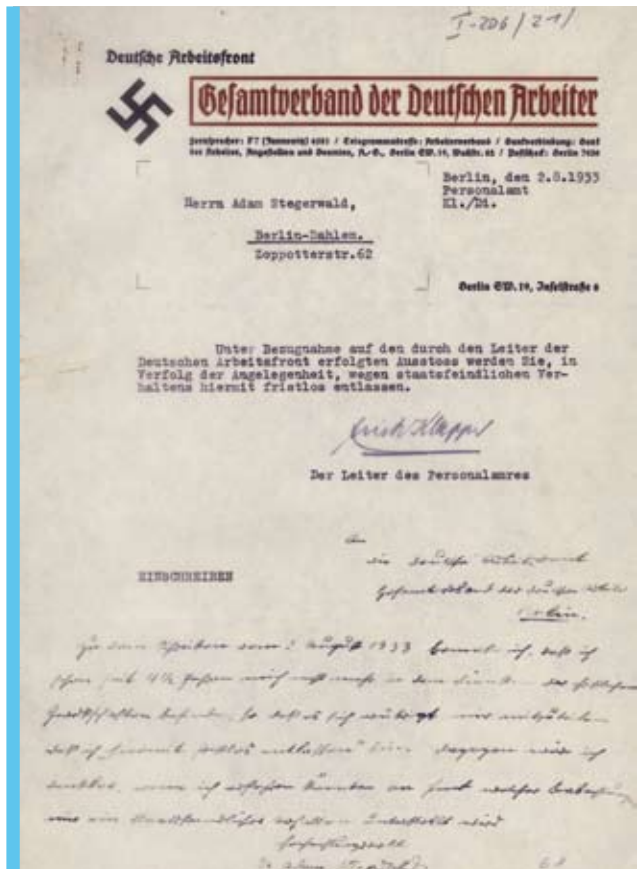
Auflösung der Christlichen Gewerkschaften.

5. Juli

Selbstauflösung der Deutschen Zentrumspartei. Stegerwald legt kurz darauf sein Reichstagsmandat nieder.

2. August

Stegerwald wird von der DAF wegen „staatsfeindlichen Verhaltens“ gekündigt.



Im Mai 1933 wurden die Christlichen Gewerkschaften zwangsweise in die „Deutsche Arbeitsfront“ integriert, von der Stegerwald am 2. August 1933 zu seiner Empörung fristlos gekündigt wurde, obwohl er seit 1929 nicht mehr in den Gewerkschaften angestellt war.

Foto: Archiv für Christlich-Demokratische Politik

30. Oktober

Anklage gegen Stegerwald im „Großen Volksvereinsprozess“ (eingestellt 1935).

1934-1938

Im Zusammenhang mit dem „Röhm-Putsch“ 1934 taucht Stegerwald vorübergehend unter, ab 1935 lebt er unbehelligt als Privatmann in Berlin.

1938-1943

Nach dem „Anschluss“ Österreichs tritt Stegerwald in Briefen an ehemalige Kollegen und an einzelne Bischöfe für eine Annäherung der katholischen Kirche an den Staat ein, um das Überleben der Kirche im Nationalsozialismus zu ermöglichen. Er erhält ab 1939 eine von der Reichsregierung bewilligte Rente. Davon unterstützt er frühere Kollegen.

1944

4. März

Nach der Zerstörung seiner beiden Mietshäuser in Berlin zieht Stegerwald mit seiner Frau in seinen Geburtsort Greußenheim um.

24. August

Festnahme im Rahmen der „Aktion Gewitter“ nach dem gescheiterten Hitler-Attentat vom 20. Juli, Inhaftierung in Würzburg.

19. Oktober

Entlassung aus der Haft, Rückkehr nach Greußenheim.

1945



Das bei einem britischen Bombenangriff am 16. März 1945 nahezu völlig zerstörte Würzburg.

Foto: Stadtarchiv Würzburg

22. April

US-Truppen tragen Stegerwald das Amt des Regierungspräsidenten von Mainfranken an.

11. Mai

Berufung zum Regierungspräsidenten in Würzburg.



Stegerwalds erster Aufruf an die Bevölkerung Mainfrankens vom Mai/Juni 1945

Foto: Archiv für Christlich-Soziale Politik

8. Juli

Erste Begegnung mit dem „Ochsensepp“ Dr. Josef Müller in Rothenburg o. d. T.; Einigung über die Gründung der CSU.

16. August

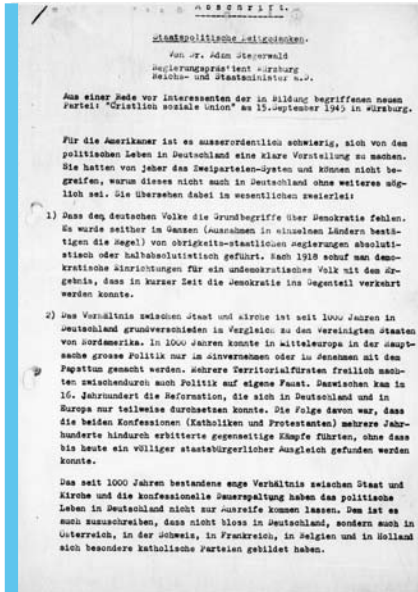
Gründung der Lehrerbildungsanstalt in Würzburg durch Stegerwald.

21. August

Vortrag „Wo stehen wir?“ im Stadthaus Würzburg; Stegerwald skizziert erstmals öffentlich die Grundzüge für eine „Christlich-soziale Union“.

29. August

Besprechungen bei der Militärregierung in Frankfurt am Main über den staatlichen Wiederaufbau und Stegerwalds politische Zukunft.



Im Nachlass Josef Müllers findet sich dieses Konzept Stegerwalds über den Wiederaufbau nach 1945.

Foto: Archiv für Christlich-Soziale Politik

30. August bis 3. September

Ähnliche Unterredungen mit den US-Behörden in München.

13. Oktober

Gründung der CSU Würzburg Stadt und Land im Elisabethenheim Würzburg. Stegerwald hält das Hauptreferat „Wohin gehen wir?“.



Zwei Wahlplakate der CSU von 1946. Die starke Betonung der Sozialpolitik gehörte von Anfang an für die CSU zum Kern ihres Selbstverständnisses – auch dies ein Erbe Stegerwalds.

Fotos: Archiv Christlich Sozialer Politik

20. bis 22. Oktober
Besuch beim Gründerkreis der „Christlich-Demokratischen Partei“ in Köln.

23. Oktober
Stegerwald organisiert ein erstes überzonales Treffen von Vertretern verschiedener Gründerzirkel der Union in Mingolsheim bei Heidelberg.

27./28. November
Neuerliches Treffen von Unionsgründern aus ganz Deutschland bei Stegerwald in Würzburg.

30. November
Hetzartikel gegen Stegerwald in der „Frankfurter Rundschau“ mit weitgehend haltlosen Behauptungen über sein Verhältnis zum Nationalsozialismus.

3. Dezember
Stegerwald stirbt in Würzburg. Er wird auf dem dortigen Hauptfriedhof beigesetzt.



Das Grab Stegerwalds auf dem Würzburger Hauptfriedhof.
Foto: Albert Vogel

1966

15. November
In Würzburg wird der Adam-Stegerwald-Kreis ins Leben gerufen. Erster Vorsitzender ist Ludwig Altenhöfer MdL (CSU), seit 2004 der frühere Bundestagsabgeordnete Peter Keller (CSU).



Die Gründungsversammlung des Adam-Stegerwald-Kreises am 15. November 1966: In der Mitte sitzend (mit Buch) der Gründungsvorsitzende Ludwig Altenhöfer MdL.

Foto: Archiv für Christlich-Soziale Politik

1985

1. Dezember
Gedenkfeier aus Anlass des 40. Todestages Stegerwalds in Würzburg. Ehrengäste sind Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU), dessen Vater aus Greußenheim stammte, und der Bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß (CSU).



Gedenkveranstaltung zum 40. Todestag Stegerwalds.
Foto: Archiv für Christlich-Soziale Politik

Stegerwald heute

Das Erbe Stegerwalds in die aktuelle Politik hineinzutragen, sieht besonders der 1966 aus der unterfränkischen CSU und der dortigen christlich-sozialen Arbeiterbewegung heraus gegründete „Adam-Stegerwald-Kreis“ als seine Aufgabe an, dem der CSA-Ehrenvorsitzende und langjährige CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Keller aus Zellingen vorsteht. Dasselbe Ziel verfolgt der „Stegerwald-Bund“ innerhalb der CDA, ein Zusammenschluss früherer christlich-sozialer Gewerkschaftsfunktionäre des DGB und ehemaliger Sozialsekretäre, der immer wieder auch durch politische Initiativen auf sich aufmerksam macht.

In 30 Städten der Bundesrepublik sind heute Straßen nach Adam Stegerwald benannt, vor allem in Unterfranken und in Nordrhein-Westfalen. Gedenktafeln für Stegerwald finden sich an seinem Geburtshaus in Greußenheim und an seinem Wohnhaus in der Zoppoter Straße 62 in Berlin-Wilmersdorf. Im Kölner Stadtteil Mühlheim trägt eine ganze Siedlung seinen Namen, die nach 1951 als erstes großes Projekt des sozialen Wohnungsbaus in der Domstadt errichtet wurde. Bauträger war die von Stegerwalds Sohn, Prälat Alois Stegerwald, 1950 gegründete „Deutsche Wohnungsgesellschaft mbH (DEWOG)“. In Königswinter bei Bonn befindet sich das „Adam-Stegerwald-Haus“, ein Tagungs- und Bildungszentrum, das im früheren Erholungsheim der Christlichen Gewerkschaften und des DGB (vor 1933) untergebracht ist und zur Jakob-Kaiser-Stiftung gehört. Eine beliebte Anlaufstelle für junge Studenten in Würzburg ist heute das dortige „Adam-Stegerwald-Wohnheim“.

An Stegerwald erinnert die 1969 errichtete Kölner „Stegerwald-Stiftung“, die sich im Bereich der Familienförderung, in der Altenpflege und für Menschen mit einer psychischen Erkrankung oder einer Behinderung engagiert. In Würzburg existiert zudem eine „Adam-Stegerwald-Stiftung“.

Und schließlich: Die Internetsuchmaschine „Google“ verzeichnete am 6. September 2008 unter dem Begriff „adam stegerwald“ rund 36.200 Einträge.

4. Wichtige Veröffentlichungen Stegerwalds

Der Nachlass Stegerwalds befindet sich im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin.

Ein Beitrag zu der Frage: Sind die Gewerkvereine notwendig und Warum sollen sich die christlichen Arbeiter den christlichen Gewerkschaften anschließen. Hrsg. vom Vorstand des christlichen Holzarbeiter-Verbands Deutschlands. München 1900.

Die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften im öffentlichen und sozialen Leben. Köln 1908.

Im Kampf um die Grundsätze der christlichen Gewerkschaften. Vortrag von Generalsekretär A. Stegerwald nebst Stellungnahme des christlichen Gewerkschaftskongresses in Dresden zum Gewerkschaftsstreit. Köln 1912.

Die christlich-nationale Arbeiterbewegung im Lichte der Kriegserfahrungen. In: Deutsche Arbeit. 1. Jahrgang 1916, S. 5-11.

Arbeiter-Interesse und Friedensziele. Vortrag gehalten von Generalsekretär Stegerwald auf der Konferenz der Vertrauensleute der christlich-nationalen Arbeiterbewegung am 6. Mai in Essen. Köln 1917.

Zum Verfassungskampf in Preußen. Rede des Generalsekretärs Stegerwald im Preußischen Herrenhaus zur Verfassungsreform in Preußen, gehalten am 10. Juli 1918. Köln 1918.

Arbeiterwähler und Zentrumspartei. Vortrag von Generalsekretär A. Stegerwald/M.d.H. auf einer Versammlung von Kölner Arbeiter-Zentrumswählern. Krefeld 1918.

Der soziale Wiederaufbau Deutschlands. Rede, gehalten in der 13. Sitzung der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung zu Weimar vom 21. Februar 1919. Berlin 1919.

Sittliche Kraft oder rohe Gewalt? Mahnruf der christlich-nationalen Arbeiterschaft an das deutsche Volk. Köln 1920.

Deutsche Lebensfragen. Vortrag gehalten auf dem X. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands am 21. November 1920 in Essen. Berlin 1921.

Zusammenbruch und Wiederaufbau. Berlin 1922.

Aus meinem Leben. Köln 1924.

Christliche Gewerkschaften und Politik. In: Deutsche Arbeit. 9. Jahrgang 1924, S. 397-407.

25 Jahre Christliche Gewerkschaftsbewegung. Köln 1924.

Nicht Klassen, sondern Stände! Stuttgart 1925.

Von deutscher Zukunft. Würzburg 1946.

Der deutsche Arbeiter und der deutsche Staat. In: Schreiber, Georg (Hrsg.): Politisches Jahrbuch. 2. Jahrgang 1926, S. 233-243.

Zentrumspartei, Arbeiterschaft, Volk und Staat. Berlin 1928.

Sicherung der Sozialpolitik. Zum Kampf um die Behauptung ihrer Grundlagen und ihrer Ausgestaltung. Gesammelte Reden. Berlin [1930].

Die Notverordnung vom 5. Juni 1931. Ihr Hintergrund, Wesen und Inhalt. Berlin [1931].

Wo stehen wir? Würzburg 1945.

Wohin gehen wir? Würzburg 1946.

5. Ausgewählte Literatur zu Leben und Werk Adam Stegerwalds

Becker, Winfried: Gründung und Wurzeln der Christlich-Sozialen Union. In: Hanns-Seidel-Stiftung. (Hrsg.): Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1945-1995. Grünwald 1995, S. 69-107.

Ders. u.a. (Hrsg.): Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland. Paderborn 2002.

Brose, Eric Dorn: Christian Labor and the Politics of Frustration in Imperial Germany. Washington D.C. 1985.

Cary, Noel D.: The Path to Christian Democracy. German Catholics and the Party System from Windthorst to Adenauer. Cambridge 1996.

Deutz, Josef : Adam Stegerwald, Gewerkschafter – Politiker – Minister. Köln 1952.

Forster, Bernhard: Adam Stegerwald (1874-1945). Christlich-nationaler Gewerkschafter, Zentrumsolitiker, Mitbegründer der Unionsparteien. Düsseldorf 2003 (mit einem ausführlichen Schriftenverzeichnis Stegerwalds und detaillierten Literaturangaben).

Ders.: Ein christlich-nationaler Politiker zwischen Sammlung und Abgrenzung: Adam Stegerwald und die große Koalition in den Anfangsjahren der Weimarer Republik. In: Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik. 10. Jahrgang 2003, S. 43-73.

Heitzer, Horstwalter: Die CDU in der britischen Zone 1945-1949. Gründung, Organisation, Programm und Politik. Düsseldorf 1988.

Henzler, Christoph: Fritz Schäffer 1945-1967. Eine biographische Studie zum ersten bayerischen Nachkriegs-Ministerpräsidenten und ersten Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland. München 1994.

Ders.: Die Christlich-Soziale Union in den ersten Nachkriegsjahren. In: Hanns-Seidel-Stiftung. (Hrsg.): Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1945-1995. Grünwald 1995, S. 109-161.

Herde, Peter: Die Unionsparteien zwischen Tradition und Neubeginn: Adam Stegerwald. In: Becker, Winfried (Hrsg.): Die Kapitulation von 1945 und der Neubeginn in Deutschland. Köln 1987, S. 245-295.

Loth, Wilfried: Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands. Düsseldorf 1984.

Morsey, Rudolf: Die Deutsche Zentrumspartei 1917-1923. Düsseldorf 1966.

Ders.: Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und „Nationaler Erhebung“ 1932/33. Stuttgart 1977.

Neugebauer, Hans (Hrsg.): Adam Stegerwald – Leben, Werk und Erbe. Würzburg 1995.

Patch, William L. jr.: Christian Trade Unions in the Weimar Republic 1918-1933. The Failure of „Corporate Pluralism“. New Haven 1985.

Ruppert, Karsten: Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Republik 1923-1930. Düsseldorf 1982.

Schneider, Michael: Die Christlichen Gewerkschaften 1894-1933. Bonn 1982.

Uertz, Rudolf: Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945-1949. Stuttgart 1981.

Walker, Thomas: Die Arbeitnehmer-Union in der CSU. Geschichte und Strukturen der CSA von 1953 bis 1990. München 2000.

Impressum

Bernhard Forster

Adam Stegerwald – Politik in sozialer Verantwortung
Leben und Vermächtnis des Gewerkschafters und Politikers aus Unterfranken

Redaktion

Dr. Renate Höpfinger

Gestaltung

Gestaltung+ Fabian Hofmann

Druck

Ludwig Auer GmbH Donauwörth

Bildnachweis

Der Bildnachweis wurde bei den einzelnen Abbildungen vermerkt.

Titelfoto: Adam Stegerwald Ende der 1920er Jahre (Archiv Möller-Stegerwald)

Rückseite: Plakat zur Kommunalwahl 1948 in Würzburg (Stadtarchiv Würzburg)

ISBN 978-3-88795-339-3

© Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München 2008

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich für Publikationen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Hubertus Klingsbögl

Internet: www.hss.de

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.





**Hanns
Seidel
Stiftung**

Archiv für Christlich-Soziale Politik